

Wöchentlich 55 Pf., monatlich 3,00 M. im voraus zahlbar. Postbezug 4,00 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 75 Pf. Postbestellgebühren. Einzelabonnements 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Samstags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Fest und Fei“ und „Runder Tisch“, „Fremde Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Leserbriefe“, „Bild in die Bücherwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konparezelle 60 Pfennig, Reklamestelle 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ des jetzigen druckte Wort 25 Pfennig (außerlich zwei jetzige druckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenangebote des ersten Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Haupt- und Nebenschrift 2. wochentags von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 202-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. Diskontogefellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3.

Neue Hoffnung im Haag.

Einigungsdruck durch Ausschußvertagung und königliche Einladung. Befriedigende Erklärung Hendersons.

V. Sch. Haag, 16. August. (Eigenbericht.)

Der Finanzausschluß auf unbestimmte Zeit vertagt — nicht wie beabsichtigt war, auf Montag, — das ist das Ergebnis dieses kritischen Tages: Diese Pause wird als günstiges Zeichen aufgefaßt, weil man darin den bestimmten Wunsch erblickt, eine Einigung ernsthaft zu erstreben und die Kommission erst dann zusammentreten zu lassen, wenn die Grundlagen der Einigung gefunden sind.

Dass die Konferenz noch in den nächsten acht Tagen beisammen bleiben wird, geht auch daraus hervor, daß die Königin von Holland die Delegation zu einem offiziellen Galadiner für Freitag, den 23. August, eingeladen hat. Also an ein Aufstehen der Konferenz ist schon aus Höflichkeitserwägungen gegenüber dem Staatsoberhaupt wenigstens vor dem Sonnabend nächster Woche nicht zu denken. Diese Tatsache bedeutet einen starken Zwang für alle Beteiligten, sich in der Zwischenzeit über die Hauptfragen zu einigen.

Die Vorschläge, die die Alliierten am frühen Nachmittag Snowden überreichten, sind innerhalb weniger Minuten vom britischen Schatzkanzler als undiskutabel zurückgewiesen worden. Aber es scheint, daß die Sachverständigen der Alliierten, die am Nachmittag mit der englischen Delegation konferierten, den Auftrag hatten, die Fäden nicht völlig abreißen zu lassen und neue Möglichkeiten in Aussicht zu stellen, denn am Abend teilte die englische Delegation mit, daß die Sitzung der Finanzkommission verschoben sei, damit man inzwischen Gelegenheit habe, weiter zu verhandeln. Wäre die Finanzkommission, wie vorgesehen, morgen Vormittag zusammentreten, dann wäre kaum etwas anderes übrig geblieben, als den Mißerfolg der privaten Verhandlungen festzustellen und das wäre das Ende der Konferenz gewesen. Daher die neue Vertagung, daher auch die neue schwache Hoffnung. Ob man dieses gefährliche und nicht gar würdige Spiel noch mehrmals wiederholen können, möchte man stark bezweifeln. Es scheint, die Franzosen erkennen immer deutlicher, daß man mit einer Trojantaktik gegenüber Snowden auf den falschen Weg geraten ist, und daß er sich auch durch eine rührige Pressepropaganda nicht beeinflussen läßt.

Daher versucht man jetzt energischer als zuvor, den Italienern etwas von dem übermäßig großen Vorteil abzuhändeln, den ihnen der Young-Plan gewährt;

denn ohne ein beträchtliches italienisches Opfer ist eine Befriedigung der englischen Forderungen überhaupt nicht möglich. Ob das gelingt, ist noch fraglich.

In der Rheinlandfrage setzt Briand seinen Willen durch; er versucht nicht einmal, seine Taktik zu verschleiern. Das kam deutlich zum Vorschein bei seiner heutigen Unterredung mit Stresemann, wo er zunächst seinen tiefen Pessimismus über den Stand des Finanz-

streites zum Ausdruck brachte, dann schloß er Schwierigkeiten vor, die er mit dem französischen Generalkstab wegen der Räumungstermine für die dritte Zone hätte. Die ihm vom Generalkstab mitgeteilten Termine wären ihm, Briand, dermaßen unbegründet erschienen, daß er hätte ersuchen müssen, diese Frage abermals zu studieren. Daher möchte er die für Sonnabend in Aussicht genommene

Besprechung der vier Außenminister auf Montag verschoben

in der Hoffnung, dann eine feste Antwort hinsichtlich der Räumungstermine geben zu können. Offenbar um den ungünstigen Eindruck dieser neuen dilatorischen Antwort abzuschwächen, hat Briand etwas frühere Räumungstermine für die zweite Zone in Aussicht gestellt.

Die deutsche Öffentlichkeit legt auf dieses „Entgegenkommen“ seinen allzu großen Wert, denn da die zweite Zone vertragsmäßig am 10. Januar 1930 ohnehin geräumt werden mußte, kann es schließlich gleichgültig sein, ob die französischen Truppen Koblenz und Düren schon im November verlassen oder erst im Dezember. Das deutsche Volk interessiert sich für die dritte Zone, und gerade hier versucht Briand ganz offenkundig, sich um eine klare Antwort zu drücken, wenigstens so lange er nicht weiß, wie der Streit mit England um das Schicksal des Young-Plans ausgeht.

Es muß leider festgestellt werden, daß Briand das feste Versprechen in der Ministertagung bei Henderson am Dienstag nachmittag, die Termine für die Räumung auch der dritten Zone endgültig zu benennen, gebrochen hat. Seine Angst, sich irgendwie festzulegen, bevor das Ergebnis der Finanzberatungen geklärt ist, führt bereits dazu, eine formelle Vereinbarung zu verweigern.

Stresemann besprach mit Henderson am Nachmittag den Gesamtstand der Verhandlungen. Es wurde die neue Zusammenkunft der vier Außenminister endgültig auf Montag festgelegt. Von besonderer Bedeutung war auch die befriedigende Klärung eines Punktes, über den bisher noch starke Unklarheit bestand, und zwar auf beiden Seiten.

Henderson hat Stresemann gegenüber auf dessen ausdrückliche Frage bestimmt versichert, daß England nicht die Absicht habe, von Deutschland den Verzicht auf die Anrechnung der Besatzungskosten nach dem 1. September zu verlangen, vielmehr bloß den Verzicht auf den Ersatz der Besatzungsschäden.

Henderson hat ausdrücklich anerkannt, daß nach dem Young-Plan Besatzungskosten und auch die, die nach dem 1. September entstehen, Gegenstand besonderer Vereinbarungen sein müssen. Die Vermutung darf ausgesprochen werden, daß der Widerhall dieser neuen Forderung in der gesamten deutschen Presse dazu beigetragen hat, diese Frage, bei der viele Millionen für uns auf dem Spiele stehen, in solchem Sinne zu klären.

hätte, während China dazu entschlossen sei, nach dem Geiste des Paktes zu handeln.

Chinesische Truppentransporte an die Grenze.

Peking, 16. August.

Am Freitag sind aus Mukden die ersten neu mobilisierten 1500 Mann nach der Grenze transportiert worden. In einem besonderen Zuge folgten vier Tanks und sechs Flugzeuge. In Charbin stehen zwei neue Panzerzüge des Mukdener Oberkommandos kampfbereit, deren Besatzung zum größten Teil ehemalige russische Offiziere sind. Aus Charbin ging eine Flugzeugkassell per Bahn ab.

Neue russische Anklagen.

Moskau, 16. August. (Sowjetagentur.)

Meldungen aus Charbin zufolge ist über zweitausend Sowjetbürgern die Möglichkeit genommen, ihrer Arbeit an der ostchinesischen Bahn nachzugehen. 1500 Sowjetbürger sind nach Erklärung eines Verwaltungsmitgliedes verhaftet worden. Die chinesischen Behörden schieben schnellst neue Angestellte durch die Eisenbahn ab.

Polnisches Militärflugzeug beschossen.

Warschau, 16. August.

Wie die Abendpresse meldet, hat sich ein mit einem Major und einem Unteroffizier besetztes polnisches Militärflugzeug über die sowjetrussische Grenze verfliegen und ist von der russischen Grenzwehr scharf beschossen worden. Es gelang dem Flugzeug, glücklich in Polen zu landen. Doch war die Maschine zum Teil wie ein Sieb durchlöchert.

Wieder 16 Bergleute getötet.

Explosion einer Sprengstoffbüchse in einer Kattowitz-Grube

Kattowitz, 16. August.

Gestern mittag ist, anscheinend durch Ausblafen von Sprengschüssen oder durch Explosion einer Sprengstoffbüchse beim Vereiten von Patronen, eine Kohlenstoffexplosion im Gerhard-Flöz des Hildebrand-Schachtes hervorgerufen worden, wobei 16 Bergleute zu Tode gekommen sind. Ein großer Teil der Opfer konnte bereits geborgen werden. Die übrigen Toten werden wahrscheinlich im Laufe des Sonnabends freigelegt werden können. Ueber die Ursachen des furchtbaren Unglücks besteht noch völlige Unklarheit.

Russischer Einmarsch in die Mandchurei

China behauptet ihn und zeigt ihn den Kellogg-Partnern an.

Schanghai, 16. August.

Seute früh erhaltene Nachrichten bestätigen den Einmarsch der Russen ins chinesische Gebiet. Der chinesische Gesandte in Washington wurde beauftragt, die Unterzeichner des Kellogg-Paktes davon in Kenntnis zu setzen, daß Rußland die Feindseligkeiten begonnen

Reform der Sozialversicherung

Zum 33. deutschen Krankentag.

Die größte Organisation der Krankenkassen, der Hauptverband deutscher Krankenkassen, hält vom 18. bis 20. August in Nürnberg seinen 33. deutschen Krankentag ab. Neben den Organisationsfragen stehen wichtige Fragen der Gesundheitsfürsorge zur Beratung. Als Themen sind vorgesehen: Vorbeugende Zahnpflege; Röntgenheilverfahren; Sexualberatung und Krankenversicherung; Schwangerschaftsfürsorge; und als letztes Thema die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten im Rahmen der Richtlinien über Gesundheitsfürsorge.

Die Durchführung dieser wichtigen Aufgaben wird bestimmt von der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen und von einem verständigen Zusammenarbeiten aller Träger der Gesundheitsfürsorge. Diese Gemeinschaftsarbeit ist durch die von der Reichsregierung erlassenen Richtlinien über Gesundheitsfürsorge erheblich gefördert worden. Die grundlegende Reform der Reichsversicherungsordnung steht jedoch noch aus. Deshalb ist auch auf der diesjährigen Tagung des Hauptverbandes diese Frage der Hauptgegenstand der Beratung, über die der geschäftsführende Vorsitzende H. Lehmann berichtet wird.

Sieht man sich die Entwicklung unseres Krankentages an, dann kann es keinem Zweifel unterliegen, daß eine Reform dringend notwendig ist. Dabei handelt es sich nicht nur um eine befriedigende Lösung des Organisationsproblems, es geht in ebenso hohem Maße um den Ausbau der Leistungen und der Selbstverwaltung. Jede Erörterung solcher Grundfragen zeigt jedoch gleichzeitig, in welchem engem Zusammenhang Krankenversicherung, Invalidenversicherung und Unfallversicherung stehen. Mit Recht spricht man deshalb von der Notwendigkeit einer Reform der Reichsversicherungsordnung, in der diese drei Zweige unserer Sozialversicherung ihren gegenseitigen Niederschlag gefunden haben. Selbstverständlich wird man bei der Lösung bestimmter vordringlicher Fragen auch Teilreformen der einzelnen Zweige in Angriff nehmen müssen, um vorwärts zu kommen, wie das ja auch die tägliche Praxis zeigt. Ebenso selbstverständlich ist aber auch, daß in bestimmten Grundfragen das große Ziel einer Gesamtreform weder verloren noch verbart werden darf. Für diese ist richtunggebend, was die Reichsverfassung in ihrem Artikel 161 verkündet: „Zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, zum Schutze der Mutterschaft und zur Vorsorge gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Schwäche und Wechseljahren des Lebens schafft das Reich ein umfassendes Versicherungswesen unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten.“

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat auf seinem vorjährigen Kongress in Hamburg durch den Vortrag des stellvertretenden Bundesvorsitzenden Hermann Müller-Lichtenberg nochmals mit allem Nachdruck gefordert, daß diese Aufgabe unverzüglich in Angriff genommen wird. Daß es im Reichsarbeitsministerium nicht an gutem Willen fehlt, zeigten die Darlegungen des Ministerialdirektors Dr. Grieser auf diesem Kongress. Er erklärte, daß die Sozialversicherung der Nachkriegszeit aus ihrer ersten Bauperiode hinausgetreten ist, es beginnt die zweite Bauperiode, das ist die Vereinfachung, das ist der Ausbau der Selbstverwaltung.

Die Notwendigkeit einer organisatorischen Neuordnung der Sozialversicherung ergibt sich nicht nur aus den Rufen der Krankenkassen, die gebieterisch verlangen, die Zersplitterung zu beseitigen und leistungsfähige Träger zu schaffen, sie ergibt sich ebenso zwingend aus dem Zusammenhang zwischen Arbeitsaufsicht und Unfallversicherung. Der dem Reichstage vorliegende Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes stellt diese Frage zwangsläufig auf; die freien Gewerkschaften fordern die Uebertragung der Aufgaben der Unfallversicherung auf dem Gebiete des Unfallsschutzes auf die zu schaffende einheitliche Reichsarbeitsaufsicht. Aber auch aus einem anderen Grunde kann die Organisation der Unfallversicherung kein Blümlein Rührmichnichten bleiben: es fehlt der entscheidende Einfluß der Versicherten.

Die kommende Tagung des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen wird bei ihren Forderungen für die Reform der Reichsversicherungsordnung von den besonderen Bedürfnissen der Krankenversicherung ausgehen, wie das die vorbereitenden Arbeiten innerhalb des Hauptverbandes zeigen. Dieser Ausgangspunkt ist verständlich. Dennoch muß gerade auf dem Gebiete der Organisation der Gesamtzusammenhang berücksichtigt werden. Wenn es auch die vordringlichste Aufgabe ist, der Zersplitterung Einhalt zu gebieten und leistungsfähige Träger der Krankenversicherung zu schaffen, so gilt es doch gleichzeitig, die Aufgaben einer Gesamtreform zu zeigen und die Wege dafür zu ebnen. Worauf es dabei ankommt, hat schon vor Jahren ein so vorzüglicher Kenner unserer gesamten Sozialversicherung, der inzwischen verstorbenen Professor Walter Kassel, in einem Aufsatz im 42. Bande der „Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft“ über „Entwicklungstendenzen der deutschen Sozialversicherung“ gezeichnet:

„Die zahllosen und subtilen Entscheidungen darüber, wann eine Krankheit, ein Betriebsunfall, Invalidität oder Berufsunfähigkeit im

Sinne des Gesetzes vorliegt, sind vielfach weiter nichts als gestrauchte Spielereien, die letzten Endes auf dem Rücken der Versicherten ausgegossen werden. Welch ungeheure Verwaltungstätigkeit bei Versicherungsträgern und Versicherungsbehörden wird aber durch diese Unterscheidung bedingt! Hat sie doch nicht nur eine verschiedene Entschädigung für den Betroffenen selbst zur Folge, sondern das Eintreten jeweilig anderer Organisationen, sei es einzeln, sei es in seltsamem und kompliziertem Zusammenwirken, Organisationen, die keineswegs immer miteinander, sondern häufig gegeneinander arbeiten und mindestens das Interesse haben, einen Fall von sich abzumwälzen und einem anderen Träger zuzuschieben.

Die Fälle von Krankheit, Unfall, Invaldität und Berufsunfähigkeit sind aber nur vom Standpunkt des Versicherungsprinzips aus grundsätzlich verschieden, da sie auf wesentlich andersartigen Risiken beruhen. Vom Standpunkt des Versorgungsprinzips aus bedeuten sie dagegen in allen Fällen den gleichen Tatbestand der Erwerbsbeschränkung infolge Körperbeschädigung und dadurch hervorgerufener Versorgungsbedürftigkeit. Von diesem Standpunkt aus interessiert aber nicht die Ursache dieser Beschädigung, sondern ihr Grad und das Mittel ihrer Beseitigung oder Milderung. Von diesem Standpunkt aus ergibt sich daher die Möglichkeit einer vielfach anderen Ausgestaltung der organisatorischen und technischen Einrichtungen der Sozialversicherung unter wesentlicher Vereinfachung und Verbilligung ihres Verwaltungsapparates.

Treffender kann der Zusammenhang zwischen den einzelnen Zweigen der Sozialversicherung, der sich ja gerade in der Praxis der Krankenversicherung immer wieder aufdrängt, nicht beleuchtet werden. Nur wenn man das berücksichtigt, wird man auf die Dauer zu einer befriedigenden Lösung des Organisationsproblems kommen und einen Ausbau der Leistungen ermöglichen, der einen ausreichenden Schutz gegen die Wechselfälle des Lebens gewährt. Das Problem der Lastendeckung durch sozial gerechte Lastenverteilung wird auch dann einer befriedigenden Lösung zugeführt werden können.

Die Reform der Reichsversicherungsordnung ist jedoch nicht nur eine Frage der sozialen Einsicht, Ziel und Ausmaß ihrer Verwirklichung hängt entscheidend von der Kräftegruppierung im Reichstag ab. Die mannigfaltigsten Interessen werden berührt und ihre Vertreter auf den Plan rufen. Nicht zuletzt wird die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände unter der üblichen Verwahrung der Profitinteressen mit dem volkswirtschaftlichen Gesamtinteresse versuchen, ihre wiederholt geltend gemachten Forderungen für eine „Reform“ der Sozialversicherung durchzusetzen. Ihre Hege gegen die Krankenversicherung ist augenblicklich etwas in den Hintergrund getreten durch den Generalangriff auf die Arbeitslosenversicherung. Es kann aber kein Zweifel darüber bestehen, daß sowohl eine vernünftige Lösung der Organisation mit Einschluß der Selbstverwaltung wie der Ausbau der Leistungen den schärfsten Widerstand der Unternehmer finden wird. Das wird wahrscheinlich auch auf dem Krankentag der Vereinigung zeigen. Die Beeinflussung der Unternehmervertreter in den Selbstverwaltungsorganen der Krankenversicherung wird jetzt systematisch durch die Vereinigung organisiert. Statt Ausbau der Sozialversicherung wird Abbau gefordert oder wie sich der Geschäftsführer der Vereinigung, Dr. Erdmann, auf dem vorjährigen Krankentag ausdrückte: der Begehrlichkeit der Versicherten ist zu steuern.

Solchen Widerständen gegenüber ist es doppelt notwendig, alle Kräfte für einen planvollen Ausbau der Sozialversicherung zusammen zu fassen.

Hege gegen das Reichsbanner.

Eine Erklärung des Bundesvorstandes des Reichsbanners.

Der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold erklärt zu dem unglücklichen Vorfall im Berlin-Breslauer Zuge:

Die Bundesleitung bedauert auf das schmerzhafteste diesen Ausbruch ihres Verfassungseifers, das trotz vielfältiger Provokation von radikaler Seite in so musterhafter Selbstbeherrschung durchgeführt worden ist. Auch die offensichtlich anreizende Haltung des tödlich Verletzten dürfte nicht zu solchem Gewaltakt führen. Die Bundesleitung muß aber auf das schärfste Verwahrung einlegen gegen die von rechts- und antisemitischer Seite betriebene verheerende Verallgemeinerung eines völlig aus dem Rahmen fallenden Einzelfalles. Nachdem das Unglück geschehen war, ist gerade von Reichsbannerseite sofort alles nur Erdemögliche veranlaßt worden, um dem Verletzten zu helfen und die Laizfrage zu klären. Dem Reichsbanner zugewandte Arbeiterkamaraden haben sich sofort um den Verletzten bemüht. Von der Reichsbannerführung wurde veranlaßt, daß durch die Bahnbehörde noch von Jachobsdorf aus nach Frankfurt an der Oder um einen Arzt telephoniert wurde, da dieser allein gegen den komplizierten Schlag sachverständig helfen konnte. Außerdem wurde in diesem Telefongespräch die Bestellung eines Krankenautos beantragt. Die Behauptung, daß der mittelschleifische Reichsbannertransport mit Dolchen ausgestattet gewesen sei, ist auf Grund der polizeilichen Erhebungen als grobe Unwahrheit zu charakterisieren. Ebenso erlogen ist die Behauptung der gleichen Seite, daß von Reichsbannerleuten dem Verletzten die Brüste abgenommen worden sei. Schwindel ist auch die deutschnationale Presse nachricht, daß der Verhaftung von Reichsbannerleuten tätlicher Widerstand entgegengesetzt worden sei. Der britischen Reichsbannerleitung gegenüber ist es zu verstanden, daß einwandfrei noch in der Nacht alle Zeugen des Vorfalls namhaft gemacht wurden, und daß der Täter sich selbst der Polizei stellte.

Darüber hinaus hat die Bundesleitung beim Justizministerium den Antrag auf beschleunigte Behandlung des Falles eingereicht. Das Reichsbanner kann daher für sich in Anspruch nehmen, daß, nachdem dieser unglückliche Einzelfall sich einmal ereignet hatte, alle beteiligten Führer und Einzelkameraden sofort und entschlossen das Notwendige veranlaßt haben.

Stahlhelm-Volksbegehren in Groß-Berlin. Ill. meldet die glückliche Geburt eines Arbeitsausschusses für Groß-Berlin. Vorsitzende sind die beiden Stahlhelmjäger Stephan und Schneider. Am 24. September soll es im Sportpalast losgehen. Seidie und Hugenberg werden sprechen.

Kilian auf Buße. Vor Stalin zu Kreuze gekrochen ist der frühere Bundtagsabgeordnete Kilian in Halle, der 1½ Jahre lang dem Leninbund angehörte. Als Leninbündler griff er die KPD. auf das heftigste an. Nach dem linkskommunistischen „Volkswillen“ soll Kilian erklärt haben, daß er durch materielle Not zu seinem Schritt veranlaßt worden sei.

Das Pilsudski-Bild im Thronsaal des Posen-Schlosses ist von Unbekannten zerschmettert worden. Es finden sich schon polnische Blätter, die vier Deutsche als Täter bezeichnen, weil sie sich dieser Tage mit anderen Besuchern das Schloß besichtigt haben.

Der Arbeitslosenkonflikt.

Dienstag Fortsetzung der Verhandlungen.

Am Freitag fanden, wie schon kurz gemeldet, unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Wissell zwischen den Parteiführern und den sozialpolitischen und finanzpolitischen Sachverständigen der Regierungsparteien Besprechungen über die Arbeitslosenversicherung statt. Da es im Kabinett bisher nicht gelungen war, eine Verständigung über den materiellen Inhalt der von der Regierung verlangten Vorlage zu erzielen, so sollte in der Parteiführerbesprechung ein Weg gefunden werden, um diese Meinungsverschiedenheiten zu überbrücken. Die vertraulichen Verhandlungen, die vormittags begannen, wurden mittags abgebrochen und nachmittags fortgesetzt. Ueber ihr Ergebnis wird folgende offizielle Mitteilung ausgegeben:

In einer Freitag, den 16. August, abgehaltenen Besprechung der hinter der Regierung stehenden Parteien wurde beschlossen, die Vorlage eines Entwurfes der Reichsregierung zur Änderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung abzuwarten. Das Reichskabinett wird Montag, den 19. August, Beschluß fassen und die Vorlage dem Reichstag und dem sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags alsbald überweisen.

Ueber den Inhalt der Vorlage, die die Reichsregierung unterbreitet, wird man sich ein Urteil erst bilden können, wenn diese Vorlage dem sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages zugegangen sein wird. Die oben erwähnte Vereinbarung der Parteiführer will anscheinend nur die Schwierigkeiten mildern, die bisher einer Entscheidung des Kabinetts durch die dort bestehenden Meinungsverschiedenheiten entgegenstanden. Sicher ist jedenfalls, daß nun die Verhandlungen im sozialpolitischen Ausschuss am Dienstag kommender Woche beginnen können und daß dort die Möglichkeit besteht, sich darüber klar zu werden, auf welchem Wege die tatsächlich vorhandenen Mißstände teils durch Reform der Verwaltung, teils durch Reform der Gesetzgebung und Beitragserhöhung beseitigt werden können.

Reicht 1/2 Prozent?

Die Gewerkschaftszeitung sagt: Ja!

Zu den Berechnungen über den Bedarf der Reichsanstalt schreibt die „Gewerkschaftszeitung“, das Organ des ADGB, in Nr. 33 u. a.: Wir legen der der Berechnung zugrunde gelegten Annahme, daß in den kommenden Jahren mit einer jahresdurchschnittlichen Unterstützungszahl von 1,1 Millionen gerechnet werden kann, keine entscheidende Bedeutung bei. Auch angesichts einer hohen Wahrscheinlichkeit dieser Zahlen wäre für uns der vorgeschlagene Leistungsabbau unerträglich. Aber es muß immer wieder hervorgehoben werden, daß der Ausgangspunkt der Rechnung bemußt pessimistisch gewählt wurde. Man nahm den Durchschnitt der Jahre 1926/28 (1 675 000, 837 000 bzw. 889 000 Unterstützte im Jahresdurchschnitt) mit 1,1 Millionen zu unterstützender an. Die günstigeren Jahre 1924 und 1925 (490 000 bzw. 388 000 Unterstützte) ließ man unberücksichtigt, weil sie vermutlich für absehbare Zeit als unerreichbar günstig gelten müßten. Völlig unberücksichtigt blieb, daß als Auswirkung der Rindergeburt in den Jahren 1914 bis 1918 die nächsten Jahre einen erheblich geringeren Zu-

strom junger Arbeitskraft und dadurch eine Entlastung des Arbeitsmarktes bringen werden.

Aber auch wenn man nur die Unterstützungszahlen aus 1926 bis 1928 zugrunde legt, so müßte berücksichtigt werden, daß die bessere Organisation der Reichsanstalt die in der früheren Erwerbslosenfürsorge zweifellos vorgekommenen Unkorrektheiten weitestgehend ausmerzen konnte. Trotzdem bleiben noch viele von uns nie bestrittene und nie gebilligte Fälle von unberechtigter Ausnützung der Versicherung auszumergen.

Es bedürfte also nicht der vorgeschlagenen allgemeinen Unterstützungssenkung, um die Reichsanstalt zu „sanieren“, sobald neben den von uns gebilligten Vorschlägen eine Beitragserhöhung von 1/2 Proz. des Lohnes eintritt. Die von der Mehrheit des Ausschusses gebilligte Aufrechnung enthält sogar noch weitere nicht unerhebliche „Stille Reserven“. So ist z. B. das Beitragsaufkommen (bei 3 Proz.) mit 824 Millionen Reichsmark eingestellt, während tatsächlich mit 840 Millionen Reichsmark gerechnet werden kann. Eine stärkere Kontrolle der Beitragsberechnung und Beitragsabführung würde diese Summe noch erhöhen. Außerdem ist mit einem weiteren Steigen der Beitragseinnahmen zu rechnen, weil die Versicherungszahl in ständigem Steigen begriffen ist.

Die Stellung der christlichen Gewerkschaften. Gegen den Abbaudruck.

„Der Deutsche“ schreibt zu den Verhandlungen im sozialpolitischen Ausschuss:

Die Spannungen sind noch recht enorm. Die Deutsche Volkspartei tönt unter dem Einfluß ihres starken industriellen Flügels am lautesten. Doch wird sie kaum die notwendige Geselligkeit für die von ihr geforderte Eisenbarrikade an der Arbeitslosenversicherung erhalten. Im Laufe des gestrigen Tages sind auch die Gewerkschaftsrichtungen zur gemeinsamen Beratung zusammengelassen. Die christlichen Gewerkschaften sind nach wie vor bemüht, daran mitzuarbeiten, daß zukünftig mit der Arbeitslosenversicherung kein Mißbrauch getrieben werden kann. Den fortgesetzten gehässigen Angriffen auf die Versicherung muß auch der geringste Anlaß entgegen werden. Klare Verhältnisse müssen auch um der Arbeitnehmer selbst willen geschaffen werden, die infolge der Zahlung ihrer schwer verdienten Beiträge zur Versicherung den stärksten Anlaß haben, dahin zu streben, daß diese ihre Gelder nach den Gesetzen des Rechts und der Gerechtigkeit verwaltet und ausgezahlt werden. Andererseits muß die Arbeitslosenversicherung ihrem Namen auch Rechnung tragen und die Existenz des unverschuldeten Arbeitslosen unter allen Umständen sichern.

Von den Arbeitgebern kann leider angesichts ihrer grundsätzlichen Abneigung gegen das ganze Gesetz nicht viel Einsicht erwartet werden. Von der Regierung aber erwarten wir, daß sie, trotz der vorhandenen Finanzmühsale den Abbaudruck nicht unnötig verschärft. Staatssekretär Popitz hat den Stand der Reichsfinanzen zwar als außerordentlich ungünstig geschildert, doch wird bei Hilferding darüber wohl Klarheit herrschen, daß die Leere des Reichsschatzels weder allein durch die Arbeitslosenversicherung beseitigbar worden ist, noch allein durch einen Abbau derselben wieder füllt werden kann.

Der Streitgegenstand im Haag.

Britische Forderung — alliiertes Angebot.

V. Sch. Haag, 16. August. (Eigenbericht.)

Snowden hat bei seiner Ablehnung des neuen Vorschlags der Alliierten eine detaillierte Begründung in Aussicht gestellt.

England fordert eine Erhöhung seiner Anteile um rund 48 Millionen Mark jährlich. Darauf antworteten die vier anderen Hauptgläubiger, daß England bereits durch den Young-Plan beträchtliche Vorteile erlange, die die anderen nicht befehlen. Und zwar habe England

1. eine Summe von insgesamt 100 Millionen, die eine Durchschnittsjahresrente von 8 Millionen bedeute, aus den Erträgen der letzten fünf Monate des Dawes-Plans erhalten. In diesem Punkt sei England gegenüber seinen Mitgläubigern bevorzugt worden.

2. England, das am meisten deutsches Eigentum beschlagnahmt und liquidiert, habe den Mehretrag hieraus nicht, wie vorgesehen war, der gemeinsamen Reparationskasse der Alliierten zugeführt, sondern für sich allein behalten. Diese Summe wird von den Franzosen auf 250 Millionen Mark geschätzt, was aber die Engländer als maßlos übertrieben bezeichnen. Im übrigen behaupten sie auf Grund einer Entscheidung des Haager Schiedsgerichts, daß sie zu einer Ueberweisung dieser Beträge an die gemeinsame Reparationskasse nicht verpflichtet seien.

Andererseits verlangt England, das nach dem Young-Plan von dem ungeführten Teil der deutschen Jahreszahlungen überhaupt nichts erhält, daß es einen prozentualen Anteil erhalte, und zwar nach dem Schlüssel von Spa rund 80 Millionen Mark jährlich.

Dieser ungeführte Teil der deutschen Jahreszahlung beträgt 600 Millionen Mark, davon sind im Young-Plan bereits folgende Summen fest reserviert:

- 500 Mill. Mark für Frankreich,
- 42 Mill. Mark für Italien,
- 88 Mill. Mark für den Zinsen- und Tilgungsdienst der Dawes-Anleihe.

Es bleiben demnach 30 Millionen, die ursprünglich für die Bedürfnisse der kleinen Gläubiger (Rumänen, Bulgaren, Jugoslawien und Griechenland) in Aussicht genommen waren. Diese Summe will man wenigstens zum großen Teil, den Kleinen durch irgendwelche Kompensationen an ihren interalliierten Schulden wieder abgeben zugunsten Englands. Da aber der

Zinsen- und Tilgungsdienst der Dawes-Anleihe in den nächsten 20 Jahren von Jahr zu Jahr sich um rund 1 Million jährlich verringert, würde ein freierwender Betrag entstehen, der sich durchschnittlich um 1 300 000 M. verringert,

also ein freierwender Betrag von insgesamt etwa 28 Millionen.

den man den Engländern als ungeführten Anteil zur Verfügung stellen will.

Das ist in großen Zügen der Inhalt der Vorschläge der Alliierten an England. Es bleibt abzuwarten, ob die von den Vätern dieses Vorschlags genannten Ziffern stimmen und was Snowden auf diese Rechenkünste antworten wird.

Internationale und Konferenzkrise.

Leon Blum gegen die Beschimpfer der Arbeiterregierung.

Paris, 16. August. (Eigenbericht.)

Die Freitag-Abendpresse bringt Nachricht für die Haager Konferenz, deren Scheitern man als fast völlig unvermeidlich ansieht. Der „Temps“ behauptet u. a., die Unnahgiebigkeit der Briten stelle eine glatte Verleugnung aller Prinzipien der Sozialistischen Internationale dar, die die Partei Snowdens noch zu beobachten vorgebe, und schließt daran eine Reihe persönlicher Beschimpfungen des englischen Ministers, die in den letzten Tagen bereits zum Gemeingut der bürgerlichen Pariser Presse geworden sind.

Dieser erstaunlichen Oberflächlichkeit tritt im sozialistischen „Populaire“ Leon Blum in einem prinzipiellen Artikel entgegen, der die Stellung der französischen Sozialisten zur Haager Konferenz präzisiert: Solange der Geist der Internationale nicht tiefer in die Anschauungen der Völker eingedrungen ist, werden die Sozialisten, wenn sie die Macht übernehmen, sich stets zwei widersprechenden Bornwärtigen aussetzen: entweder, daß sie unmittelbare und aktuelle Interessen ihrer Länder vernachlässigen oder daß sie gegen die Direktiven der Internationale verstoßen.

Das ärgste aber ist, daß diese aktuellen Interessen der Länder die Sozialisten zu Trägern nationalisistischer Kavalitäten stempeln und in einen tragischen Konflikt hineinzwängen.

Zum Schluß erklärt Blum: „Wenn auch die Sozialisten, so gefährlich dieses Experiment im gegenwärtigen Stadium scheinen mag, sich der Uebernahme der Macht nicht entziehen, falls es die Umstände erfordern, so ist es doch nicht angemessen, diese Uebernahme der Macht mit Ungeduld jetzt schon zu fordern.“

Freilassung der französischen Flieger. Die am letzten Sonntag wegen eines Motorfehlers in Nordafrika gelandeten beiden französischen Flieger eines Postflugzugs, die von Eingeborenen gefangen gehalten wurden, sind gegen Lösegeld wieder freigelassen worden und mit den Postfliegern in Agnit angekommen.

Die Hitterschlacht von Nürnberg.

Ein amtlicher Kriegsbericht.

Die Polizeidirektion von Nürnberg-Fürth hat jetzt den angeforderten Bericht über die Vorgänge anlässlich des nationalsozialistischen Parteitagess vom 1. bis 4. August veröffentlicht. In der Einleitung wird versucht, die Taten der Hakenkreuzler durch Provokationen so zu entschuldigen: „Es ist festgestellt, daß in einer Reihe von Fällen Nationalsozialisten von vordringenden politischen Gegnern grundlos durch Schmähende und heberaische Morde oder durch Zurufe kommunistischer Kampfpapieren provoziert, vereinzelt auch durch hinterhältige Ueberfälle mißhandelt wurden.“

Aber bei allen Entschuldigungsversuchen kann der Polizeibericht nicht umhin, auch das herausfordernde Auftreten der Hitler-Kommandos zu kennzeichnen. Das geschieht mit folgenden Sätzen: „Es steht aber auch fest, daß in anderen Fällen Nationalsozialisten ohne vorhergegangene Provokationen über Personen herfielen und sie durch Drohungen und Mißhandlungen nötigten, ihre politischen Abzeichen (meist handelte es sich um das Abzeichen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold) abzulegen.“ Dann folgt das bekannte Sündenregister der Nationalsozialisten: das Eindringen in das Gewerkschaftshaus und dessen Demolierung sowie die Mißhandlung des Wirtes; der Sturm von 30 Hitlerianern auf einen Straßenbahn-Triebwagen und die Mißhandlung des Triebwagenführers und einiger Fahrgäste; die Zerstörung eines weiteren Triebwagenwagens, in dessen Inneres Brandsackeln warfen; der nationalsozialistische Sturm auf das als Kommunistenlokal bekannte Café Hed unter Anwendung von Schießwaffen; die Rauferei in der Wirtschaft „Zum grünen Markt“, wobei wiederum die Nationalsozialisten ohne jeden Anlaß den Anstoß machten; Raufereien auf der Straße, bei denen die Hitlerianer oft mehrere hundert Mann stark auf einzelne Privatpersonen einschlugen; schwere Mißhandlung eines jungen Mannes, der das Abzeichen des Radfahrerbundes „Solidarität“ trug; wiederholt schwersten bewaffneten Widerstand gegen die Polizei. Dabei wurden fünf Polizeibeamte in Erfüllung ihres Dienstes gegen die Banditen durch Dolchstöße und Hiebe verwundet.

In sämtlichen Fällen, die der Polizei bekannt geworden sind, ist Anzeige erstattet.

Notwendige Gedächtnisstützung.

Wird und Totschlag gab es auch in der Kaiserzeit.

So verurteilenswert die Mordtat von Jakobsdorf ist — gegenüber der infamen Hehe der Rechtspresse, der dieser Totschlag wohl sehr gelegen kam, weil sie glaubt, ihn politisch auszunutzen und gegen die verhasste und gefürchtete Reichsbannerorganisation als Mißgeschick an dieser Tat Anklage erheben zu können, sei an folgendes erinnert:

Von Angehörigen der Armee sind vor dem Kriege in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum folgende Morde verübt worden: In einer ostpreussischen Garnison wird der Rittmeister von Kragitz in der Reitbahn mit einem Dienstkarabiner erschossen.

In Alenstein lauert der Hauptmann von Goeben nachts den Major von Schönebeck auf und knallt ihn mit der Pistole nieder.

Der Fähnrich von Jeuner wird, während er schläft, von einem Kameraden erschossen.

In Mdrchingen schießt der Leutnant Wunderlich einen Hauptmann, der seinen Bruder, einen Stabsarzt, wörtlich beleidigt hatte, über den Haufen.

In Karlsruhe erschlägt der Leutnant von Bräsewig einen Zivilisten nach kurzem Wortwechsel im Wirtshaus.

In Koblenz tut daselbe der Leutnant von Salisch nachts auf der Rheinbrücke.

Prinz Prosper von Arenberg, Leutnant der Schutztruppe, quält in Südwestafrika mehrere Menschen in teuflischer Weise zu Tode.

Was beweist das? In jeder großen Organisation gibt es rüddige Schafe. Keinem anständigen Menschen wird es aber einfallen, die Tat einzelner mit der Gesinnung aller zu identifizieren.

In den angeführten Fällen ist es z. B. der sozialdemokratischen Presse, die vor dem Kriege sicher im schärfsten Gegensatz zur Armee stand, nicht eingefallen, solche Schiffe zu ziehen. Wenn jetzt die Rechtspresse anders handelt, richtet sie sich damit selber. Was sollte man aber von den Hülfs-, Therapeuten und Genossen auch anders erwarten?

Hugenberg und Mädchenbeine.

Oder: Alles ist Geschäft.

Die Deutschnationale Partei kämpft für Recht und Sittlichkeit, gegen die fittliche Fäulnis der neuen Zeit. Das heranwachsende Geschlecht vor der Verführung durch gedruckten, gespielten oder gefühlten „Schmutz und Schund“ zu bewahren, ist eine ihrer wichtigsten Aufgaben. Ihr Vorsitzender aber, Herr Hugenberg, ist zugleich Herausgeber eines der schlimmsten Schundblätter Deutschlands, der berühmtesten „Nachtausgabe“. Dort erscheinen neuerdings Erinnerungen einer 18jährigen deutschen „Schönheitskönigin“ an ihre amerikanischen Erlebnisse. Und nun höre man einmal, wie dieses junge Mädchen an Hugenbergs Kamin unbefangen plaudert:

37 Mädchen von unvergleichlich schönem Wuchs mit einem bezaubernd natürlichen Vödeln und einer königlichen Freiheit in Haltung und Gang zeigten sich dem Publikum, das begeistert war und vorwiegend aus Männern bestand.

So was von Stielaugen habe ich noch nicht gesehen, wie die Männer da machten...

Eigentümlich berührte es mich, in welcher Art sich die amerikanischen Bewerberinnen bei der Vorführung bewegten. Die Brust sehr betont vortretend, wiegen sie sich in einer schlangentänzerischen Art, die sehr sinnlich aufreizend wirken mußte, dabei ein unschuldiges Lämmchenlächeln zur Schau tragend, daß mir ob dieses seltsamen Kontrastes die Spude weg blieb...

Die Badetritts der Amerikanerinnen, die mir bei dieser Gelegenheit zum ersten Male zu sehen bekamen — unsere amerikanischen Konkurrentinnen waren raffiniert genug, ihre Kampfwaffen uns nicht vorher zu zeigen — sahen ganz anders aus als unsere europäischen. Vor allem waren sie viel dekoriert.

Die kleine Berliner, deren Beobachtungsgabe von erstaunlicher Reife zeugt, schließt mit einem ortigen Kompliment an ihre amerikanischen Manager:

Direktor Block und Mister Roe sind sehr tüchtige Köpfe, die das Geheimnis heraushaben, durch ein paar hübsche Mädchenbeine Tausende von Amerikanern zu veranlassen, tagelange Autoreisen zu machen, um die paar Mädels zu sehen.

Man darf dieses Kompliment an Herrn Geheimrat Hugenberg weitergeben. Auch er ist ein tüchtiger Kopf, der es versteht, mit ein paar hübschen Mädchenbeinen Geschäfte zu machen. Darum spart er natürlich auch nicht an Illustrationen.

Effi über KPD.



„Das Kind ist aber bedeutend schwächer geworden!“
„Ja, aber die Schnauze hat sich doch prächtig entwickelt.“

Aus einem Irrenhaus.

Zentralblatt für das Irrenwesen oder für Irre?

Der Reichsverband beamteter deutscher Psychiater, eine Vereinigung, der etwa 450 beamtete Irrenärzte angehören, gibt als Verbandsorgan die „Psychiatrisch-neurologische Wochen-schrift“ heraus. Ihr Leiter ist Sanitätsrat Dr. Johannes Bresler. Wer in dieser Zeitschrift, die sich als „Zentralblatt für das gesamte Irrenwesen und die praktische Psychiatrie und Neurologie“ bezeichnet, ein wissenschaftliches Fachorgan vermutet, täuscht sich gewaltig. Dieses Zentralblatt ist — ja, was ist es nun eigentlich? Man gerät in Verlegenheit, wenn man es näher qualifizieren wollte.

Da heißt es in einem Aufsatz, der mit den überaus bezeichnenden Worten „Wir werden bald in Wohlfahrtsgefahren erstickt!“ schließt: Der Himmel schübe unser Volk vor den weiteren Segnungen eines solchen Wohlfahrtsstaates, in dem vor lauter Wohlfahrt Neurasthenie und Pflegebedürfnis immer mehr um sich greift.

Man könnte diese Anpöbelung der Republik als Entgleisung bezeichnen, wenn sich nicht die Zeitschrift des Herrn Bresler durch-aus in diesem Geleise bewegte, ein Geleise, das sich durch den zum Ausdruck gebrachten Anspruch selbst charakterisiert, daß „uns zitiere Abwehr und schöpferische Ueberwindung am schnellsten zu einer neuen gesellschaftlichen Gesellschaft und Staatsform führen werden, einer Staatsform, die wieder an die Ideale des gotisch-katholischen Menschen im deutschen Mittel-alter anknüpfen wird.“

Nach dieser Kostprobe wird es nicht wundernehmen, wenn man erfährt, daß die wissenschaftliche Zeitschrift des Herrn Bresler unter dem Titel „Zur Psychiatrie des Parlamentarismus“ eine ständige Rubrik führt, die ihre Aufgabe darin sieht, links-stehende Parlamentarier herunterzureißen und durch Ausschnitte aus rechtsgerichteten Zeitungen zu „beleuchten“, und man wird es uns auch nicht übelnehmen, daß wir das „Zentralblatt für das gesamte Irrenwesen“ jenen nationalsozialistischen Hohnwortsblättern gleichsetzen, die eine Zeitlang ein gesuchtes Objekt für satirische Zeit-schriften waren, wenn man weiter erfährt, daß in ihm

ein Aufruf

erschien, der sich gegen die Redensart „Irrenhausjahren im Parlament“ wandte, daß es für Irrenanstalten und für ihre Insassen eine Beleidigung sei, mit den Parlamenten auf eine Stufe gestellt zu werden.

Erst zu nehmen ist so etwas natürlich ebensowenig wie eine schwungvolle Deklamation dieses Blättchens an die Adresse des Bodenreformers Adolf Damasky, in der die Bodenreform mit Bolschewismus gleichgesetzt und jeder Bodenreformer als Feind, Revolutionär und Bolschewist bezeichnet wird.

Ersther wird die Sache schon, wenn das Blatt des Herrn Bresler sich auf sein eigentliches Fachgebiet begibt, um auch hier mit dem Genie eines Anstaltsinsassen herumzuzuhawern. Da kann man z. B. lesen, daß die Pflegerinnen verhöhnt, verhöhnt, ja verhöhnt in den Anstaltsdienst eintreten und daß die Qualität des Personals nach dem Umsturz ganz unhaltbar geworden sei:

„Bei dem Mangel jeglichen Begriffs von Kranken- geschweige denn Irrenpflege, bei der völligen Haltlosigkeit und dem fittlichen Tiefstand der meisten Pflegerinnen und ihrem verwildernden Lebenswandel kann von einer wirklichen Pflege nicht mehr die Rede sein. Notwendig ist ein Personal auf ethisch-religiöser Grundlage.“

Solche Lummereien muß sich das Pflegepersonal, dessen Dienst wahrhaftig aufreibend genug ist, in dem amtlichen Organ einer Vereinigung von Irrenärzten gefallen lassen. Aber es kommt noch besser. In einem von der Wochenschrift publizierten Aufsatz wird eine Eignungsprüfung für das Pflegepersonal

verlangt und gefordert, bei dieser Gelegenheit dem Personal u. a. folgende Fragen vorzulegen:

„Wie heißt der deutsche Kaiser?“ „Wo wohnt er?“ „Wer war Bismarck?“ „Wer war der heilige Bonifazius?“ „Wer war der heilige Ignatius von Loyola?“ „Wann hat Christus gelebt?“ „Wird der Friede ewig dauern?“

Das sollen Fragen für eine Berufseignungsprüfung sein?

Ist das die Idee eines Narren?!

Ist man versucht zu fragen — aber halt, da ist ja der Herr Dr. Bresler persönlich und schildert die Gefahren, die einer Anstalt aus einem Direktor entstehen können, der auch Sozial-demokrat ist:

„Ich halte, abgesehen von der Religionsfrage, auch denjenigen, der dem Wahne des Marxismus verfallen ist, für

für ungeeignet, da die kritiklose Hinnahme dieser Utopie für Kritiklosigkeit überhaupt spricht und die Gefahr der Uebertragung dieses Wahnes auf Angestellte und Kranke besteht.“

Hier kann man nicht einmal mehr sagen, „Ist's Irrsinn, so hat es doch Methode“. Nein, derartiges steht auf gleicher Stufe mit wissenschaftlichen Auseinandersetzungen, in denen allen Ernstes ge-sagt wird:

„Etwas absolut Heiliges ist das Rationale heute nur bei den Rassen, bei denen die religiösen Feiertage in einem und im wesent-lichen Gedankensinn ihrer Stammesgeschichte sind, und dies sind die zähelsten und leistungsfähigsten Rassen, die überall aufs beste gedeihen. Bei ihnen muß der Begriff des Rationales mit ungeheurer Gewalt und sogar unbewußt auf den Gesundheits- und Fortpflanzungsinstinkt wirken. Sie müssen uns anderen zum Vor-bild dienen.“

So steht's geschrieben in der „Psychiatrisch-Neurologischen Wochenschrift“:

Autor? Sanitätsrat Dr. Bresler.

Geschrieben steht in der „Psychiatrisch-Neurologischen Wochenschrift“:

Wir spüren heute vielleicht noch nichts davon, aber ich bin überzeugt, daß schon in Millionen deutscher Seelen die Kriegs-schuldempfindung zum Glauben geworden ist und unter dem Druck des Domesplans, des Londoner Abkommens und anderer Ver-gewaltigungen wird noch manche gequälte Seele in dieses Gefühl hineingeleitet, und das abgerüstete, gemarkierte Herz wird durch das schwache Hirn sich genug Gedanken und Gründe aufzählen lassen, die ihm den Verzicht auf Abwehr und Selbstausrüstung erleichtern. Darum, Ihr hohen Regierungen, laßt schon in den Schulen die Jugend gegen jenes Kampfgift sicher und fest machen, und laßt sie lehren: Der Weltkrieg war uns heilig und wird uns heilig bleiben bis in alle Ewigkeit.

Autor? Sanitätsrat Dr. Bresler.

Und zum Dritten steht geschrieben in der „Psychiatrisch-Neurolo-gischen Wochenschrift“ über den Wert der psychischen Hygiene:

„Der beste psycho-hygienische Verein ist das Christentum. Die besten psycho-hygienischen Institute — für Wissenschaft und Praxis — die Millionen christlicher Gotteshäuser.“

Autor? Sanitätsrat Dr. Bresler.

Man könnte über den Fall Bresler damit ohne weiteres Wort die Akten schließen. Denn Herrn Breslers geistige Qualitäten werden sich bestimmt weniger leicht ändern als der Zustand des aus-sichtslosesten seiner Patienten. Das Erstaunliche ist nur, daß derselbe Sanitätsrat Dr. Bresler auch 1. Direktor der Preussischen Heil- und Pflegeanstalt in Kreuzburg (O.S.), 2. Vorsitzender des Reichs-verbandes deutscher Psychiater, 3. Vorsitzender der Internationalen Vereinigung der Irren- und Neuroärzten ist. Das gibt zu denken.

Dr. J. Moses.

Das Rebellen-schiff.

Der „Falke“ war an Franzosen verkauft.

Hamburg, 16. August.

In der Angelegenheit des Dampfers „Falke“ wird bekannt, daß der Dampfer bereits vor Wochen von der Firma Brenzlau u. Co., Hamburg, an eine Pariser Firma verkauft worden ist. Für den Kaufpreis sind hypothekarische und andere Sicherheiten gegeben worden. Der Kapitän sollte das Schiff gegen Vorkaufung abliefern, worauf die Sicherheiten freigegeben und die Mannschaft zurück-behörtet werden sollte. Dies sei jedoch nicht geschehen, vielmehr habe der Kapitän telegraphisch von der Firma Brenzlau Geld gefordert. Die Firma habe daraufhin zurückgedroht, wieviel Geld benötigt würde und wofür. Gleichzeitig habe sie sich an das deutsche Konsulat in Trinidad um Auskunft gewandt, ob das Schiff tatsächlich in Trinidad liege und ob es unbehindert weiterfahren könne. Die Firma Brenzlau sagt im übrigen, daß die Redungen, es seien 125 Revolutionäre an Bord gegangen, nicht zutreffe. In Danzig (oder Gdingen) seien lediglich der Käufer des Schiffes, sowie 10 bis 15 Mann an Bord gegangen.

New York, 16. August.

Aus Colon ist das nordamerikanische Kanonenboot „Ashville“ nach Trinidad beordert worden, wo es einen Monat verbleiben soll, um im Notfall den Schutz der amerikanischen Interessen in Venezuela zu übernehmen.

Streiferfolg der Bauklemper.

Niederlage der kommunistischen Streikleitung.

Am Freitag stimmte eine Streikversammlung der Bau-, Gas- und Wasserflempner einem vom Schlichter Grabein gefällten Schiedspruch mit übergroßer Mehrheit zu, nachdem Dietrich von der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes Bericht über die vor dem Schlichter am Donnerstag geführten Einigungsverhandlungen erstattet hatte. Von 1007 abgegebenen Stimmen waren 756 für Ausnahme der Arbeit, 336 für Fortführung des Streiks und 5 unglücklich. Spätestens am Montag wird die Arbeit in allen Betrieben wieder aufgenommen. Maßregelungen finden nicht statt. Der Streik gilt nicht als Arbeitsunterbrechung.

Nach hartnäckigem Sträuben und Wiederholung ihrer alten Forderungen haben auch die Unternehmervertreter der vom Schlichter vorgeschlagenen Regelung zugestimmt, so daß der Schiedspruch verbindlich geworden ist. Bringt der Schiedspruch auch nicht die volle Erfüllung der Streikforderungen, so ist doch ein wesentlicher Erfolg im Abwehrkampf gegen die Tarifverschlechterungspolitik der Unternehmer erzielt worden, der durch Fortführung des Streiks nicht wesentlich hätte vergrößert werden können. Es werden jetzt die Fahrgeider von 3 Kilometer an und die wirkliche Fahr- und Laufzeit von 10 Kilometer Weg an bezahlt. Die Unternehmer wollten zuerst ungemessene Forderungen durchsetzen: Akkordarbeit, drei Lohngruppen, die 25-Kilometer-Grenze für unbezahlte Lauf- und Fahrzeit und Nichtbezahlung der Fahrgeider bis zu 2,40 M. wöchentlich. Daß dieser Angriff zurückgeschlagen wurde, bedeutet einen großen Erfolg, wie besonders der Beschlüß des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Genosse Ulrich, und mehrere Diskussionsredner ausführten. Diese Ausführungen gaben auch gegenüber den Reden der „Revolutionäre“ den Ausschlag. Mit mehr als Zweidrittelmehrheit stimmten die Streikenden dem Schiedspruch zu, was

eine glatte Desavouierung der kommunistischen Branchenleitung bedeutet.

Am Mittwoch hatte gleichfalls eine Versammlung der streikenden Bauklemper stattgefunden. Wir haben den Bericht darüber zurückerhalten, weil wir die Haltung der kommunistischen Branchenleitung nicht ohne kritische Bemerkungen vorübergehen lassen konnten, aber während des Kampfes uns jeder Kritik enthalten wollten.

Diese kommunistische Branchenleitung der Bauklemper hatte zunächst den sonderbaren Antrag gestellt, den unorganisierten Streikunterstützung zu zahlen. Dieser Antrag wurde abgelehnt, obwohl ein gleicher Antrag von der erweiterten Streikleitung mit Vierfünftelmehrheit abgelehnt worden war.

Als dann die Einladung des Schlichters, zu Verhandlungen über Beilegung des Kampfes Vertreter zu entsenden, zur Diskussion kam, wandten sich die Redner der kommunistischen Branchenleitung sehr entschieden gegen eine solche „reformistische“ Handlungsweise. Der Antrag wurde denn auch mit 740 gegen 414 Stimmen abgelehnt.

Zwei Tage später aber, als das Ergebnis dieses „Schlichtungsschwindels“ vorlag, haben die Streikenden mit Zweidrittelmehrheit den Schiedspruch angenommen. Wenn also die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes nicht, wie es ihre Pflicht war, zu den Verhandlungen gegangen wäre, so würden infolge der sonderbaren „revolutionären“ Taktik der kommunistischen Branchenleitung die Bauklemper wohl noch eine ganze Weile weiter gestreikt haben, ohne mehr herauszubekommen als durch den „Schlichtungsschwindel“ herausgeholt worden ist. Der Umschwung bei den Abstimmungszahlen zeigt deutlich, wie sich leider immer noch viele Arbeiter von den kommunistischen Phrasendrescher beneheln lassen. Glücklicherweise ist auch hier die Ernüchterung eingetreten.

Spekulation mit Deputatgetreide.

Die „Schicksalverbundenheit“ der Agrarier.

Die Landwirte stellen es als eine Selbstverständlichkeit hin, daß höhere Preise für landwirtschaftliche Produkte auch den Landarbeitern zugute kommen müssen. Die letzten Wochen haben eine Steigerung der Getreidepreise gebracht. Jetzt haben die Landwirte Gelegenheit zu zeigen, daß sie zu ihren Worten stehen. Sie denken nicht daran, wie Mitteilungen beweisen, die der Gauleitung des Deutschen Landarbeiterverbandes in Magdeburg von Landarbeitern gemacht wurden.

Nach den Mitteilungen haben verschiedene Landwirte den Landarbeitern erklärt, daß sie kein Deputatgetreide aus alter Ernte mehr bekommen können. Die Landarbeiter sollten sich mit der Lieferung des Deputatgetreides bis zur Ernte gedulden.

Das Motto, das die Einstellung der Landwirte bestimmt, ist leicht erkennbar. Die Landwirte wollen verhindern, daß aus ihren Getreidebeständen jetzt Teile ohne Bezahlung weggehen. Ihr Wille ist, die jetzige gute Konjunktur auszunutzen und aus den Getreidebeständen Geld für ihre eigene Tasche herauszuschlagen. Daß die Landarbeiter von den höheren Getreidepreisen auch profitieren möchten, ist ihnen gleichgültig. Wenn sie Getreide verkaufen wollen — einige Landarbeiter müssen es tun, nur um noch etwas Bargeld in die Hand zu bekommen —, dann mögen sie warten, bis die gute Konjunktur wieder vorbei ist und die Getreidepreise gefallen sind.

Auch ein anderer Fall zeigt, daß die Landwirte die Vorteile, die die Steigerung der Getreidepreise bringen, allein einheimen möchten. Einige Landwirte bieten den Landarbeitern anstatt eines Zentners Weizen, der nach den Bestimmungen des Tarifvertrages gegeben werden muß, 12 M. als Ausgleich an. Sie selbst aber stecken dafür 13,50 M. ein. Als der Weizen weniger als 12 M. pro Zentner kostete, ist kein Landwirt gekommen und hat den Landarbeitern für einen Zentner Deputatweizen 12 M. als Ausgleich angeboten.

Nach solchen Vorgängen brauchen sich die Landwirte wirklich nicht zu mühen, wenn ihre Ausführungen von der Schicksalverbundenheit mit den Landarbeitern als hohle Worte bezeichnet werden.

Konjunkturausgleich in der Steinindustrie.

Immer die finanziellen Schwierigkeiten.

Im Reichswirtschaftsministerium fanden dieser Tage Verhandlungen statt, um einen Konjunkturausgleich in der Steinindustrie herbeizuführen. Außer den Organisationen der Unternehmer und der Arbeiter waren auch die Vertreter der als Abnehmer von Steinen in erster Linie in Frage kommenden Kommunalverbänden sowie der Deutschen Reichsbahngesellschaft anwesend. Es sollte entsprechend den Vorschlägen des Reichswirtschafts-

rats über die zweckmäßige Verteilung öffentlicher Aufträge ein Ausgleich der starken Beschäftigungsschwankungen in der Steinindustrie herbeigeführt werden.

In dieser Industrie droht die völlige Stilllegung vieler Betriebe, da es an Aufträgen der öffentlichen Beschaffungsstellen fehlt. Die Vertreter der Steinindustrie beklagen besonders die störmische Vergabe der Aufträge, die auf die starke Bindung der öffentlichen Stellen auf die Haushaltsjahre zurückzuführen sei, ferner den absoluten Rückgang der öffentlichen Aufträge, die durch die Sperre der Auslandskredite für den Straßenbau verursacht sei.

Der Vertreter der Reichsbahn teilte mit, daß in den nächsten Wochen erhebliche Aufträge etwa in der Höhe eines Drittels des Jahresbedarfes erteilt würden. Außerdem verhandelt die Reichsbahn über die Deckung eines großen Teiles ihres Bedarfs in den Wintermonaten. Auch die Vertreter des Verbandes der preussischen Provinzen, des deutschen Landtreistages und des deutschen Städteverbandes erklärten sich zur Hilfe bereit, wiesen jedoch auf die mangelhaften Finanzverhältnisse hin.

Vom Reichswirtschaftsministerium wurde besonders Bezug genommen auf den kürzlich vom Reichsarbeitsminister und Reichswirtschaftsminister an die Landesarbeitsämter gegebenen Auftrag, mit den örtlichen Beschaffungsstellen auf dem Gebiet des Konjunkturausgleichs Verhandlungen zu pflegen. Vom Reichsarbeitsministerium wurde auf die Förderung des Straßenbaues aus den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge hingewiesen, doch fehle es auch hier an den nötigen finanziellen Mitteln, um solche Arbeiten im größeren Umfang durchzuführen.

Viel ist also bei dieser Besprechung nicht herausgekommen. Außer der Reichsbahn, die Aufträge in Aussicht stellte, haben sich alle anderen Stellen auf die finanziellen Schwierigkeiten berufen. Die Finanzfrage steht immer mehr im Mittelpunkt des Arbeitsmarktproblems.

Urabstimmung der Bekleidungsarbeiter

Ueber die Invalidenunterstützung.

Der Beirat des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes hat gemäß den Steitiner Verbandstagsbeschlüssen eine Vorlage zur Invalidenunterstützung und Aussteuerbeihilfe verabschiedet. Die endgültige Entscheidung über die Einführung dieses neuen Unterstützungsweiges erfolgt durch Urabstimmung, für die als Termin die Zeit vom 20. bis einschließlich 26. Oktober in Aussicht genommen ist.

Gegenwärtig ist in 18 freien Verbänden mit 3350 000 Mitgliedern Invalidenunterstützung bereits eingeführt. In absehbarer Zeit werden alle Mitglieder der freien Gewerkschaften Unterstützungsbeiträgen im Falle der Invalidität beziehen können.

Die Schlafwagen-Gesellschaft.

Internationale Aktien ihres Personals.

Unter dem Personal der Internationalen Schlafwagengesellschaft herrscht allgemeine große Unzufriedenheit über die Arbeitsbedingungen.

In den meisten Ländern ist dieses Personal entweder bei der Organisation der Eisenbahner oder derjenigen der Transportarbeiter angeschlossen; in Deutschland dem Verbands der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten. Die Vertreter, welche die Gesellschaft in jedem Lande hat, weigern sich aber überall, — anscheinend auf Grund von Anweisungen — die selbstgewählte Organisation des Personals anzuerkennen und verschänzen sich hinter der Direktion, die aber ebensowenig etwas von sich hören läßt.

Hin und wieder sind auch Personalmitglieder, welche in der Organisation rührig mitarbeiten, gemahregelt worden.

Das Sekretariat der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF) bereitet jetzt am Sitze der Direktion der Schlafwagengesellschaft eine internationale Konferenz für das Personal dieser Unternehmung und der „Mitropa“ vor, um die Wünsche des Personals in Programmpunkten zusammenzustellen und die Mittel zu einer Verwirklichung eines solchen Programms zu besprechen.

Die schlechten Arbeitsbedingungen bei der Schlafwagen-Gesellschaft stehen in tristem Gegensatz zu deren finanziellen Verhältnissen. Der Bruttogewinn dieses Unternehmens betrug im Jahre 1927: 147 609 919 Franken (845 902 Pfund Sterling), im Jahre 1928: 171 186 759 Franken (901 012 Pfund Sterling); zu dem letzteren Betrage muß man noch Zinsgewinne in Höhe von 10 800 159 Franken (61 892 Pfund Sterling) hinzuzählen.

Das Kapital wurde ab 1. Januar 1928 von 115 Millionen Franken (659 025 Pfund Sterling) auf 230 Millionen Franken (1 318 050 Pfund Sterling) erhöht. In Dividenden wurden ausgeschüttet: 86,25 Millionen Franken (494 270 Pfund Sterling), das ist 75 Proz., im Jahre 1927, und 46 Millionen Franken (263 610 Pfund Sterling), das ist 20 Proz., im Jahre 1928. Dem Erneuerungsfonds für das Rollmaterial wurde vom Bruttogewinn des Jahres 1928 die Summe von 59,5 Millionen Franken (340 974 Pfund Sterling), gegen 17 Millionen Franken (97 421 Pfund Sterling) im Jahre 1927, zugeführt.

Polnische Regierung gegen Gewerkschaften.

Faschistische Methoden.

Die ersten gegen die Gewerkschaften gerichteten Zerstörungsversuche stellten sich zu Beginn des Jahres 1928 ein. Ein Teil der Organisation der Sozialistischen Partei in Warschau, der sich aus Bewunderern und Verehrern Piłsudskis zusammensetzt, d. h. Leute, deren chauvinistische und nationalistische Einstellung seit langem bekannt war, übernahm die traurige Aufgabe der Zerstörung von Partei und Gewerkschaften von innen heraus. Man bediente sich dabei der von den Kommunisten in ganz Europa angewandten Methoden. Durch persönliche Verteilung der Führer verurteilte diese Gruppe, die Arbeiter vor den Wogen der Regierung zu spannen. So kam es im Herbst 1928 innerhalb der Gewerkschaftsbewegung zum offiziellen Bruch. Einige Ortsgruppen in Warschau lösten sich vom zentralen Gewerkschaftsrat ab und gründeten eigene Gewerkschaften. Sofort verbanden sich diese Gruppen mit der unierten ebenfals abgepartelten politischen Gruppe, die sich unter dem Namen Sozialistische Partei Polens, ehemalige revolutionäre Fraktion, konstituierte. Zu dieser Gruppe der Spalter gesellte sich auch der ehemalige Sekretär des Metallarbeiterverbandes K. Teller, der die polnischen Arbeiter mehrere Male auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf vertreten hat. Auf diese Weise wurden in die der Regierung freundlich gestimmte Gruppe circa 8000 bis 10 000 Mitglieder überführt. Die Spaltungsaktion beschränkte sich jedoch auf Warschau. Trotz aller Anstrengungen vermochten sie sich nicht weiterzuentwickeln, während gerade der freie Gewerkschaftsbund auf seinem letzten Kongress neue Anschlüsse messen konnte.

Verschiedene der neuesten Maßnahmen der Regierung sind direkt gegen die Arbeiter gerichtet. Seit 5 Jahren gewährt der Staat den ausgesteuerten Arbeitern der Arbeitslosenversicherung während etlicher Wochen resp. Monaten eine spezielle Unterstützung. Seit 1. Juli dieses Jahres ist diese Unterstützung zurückgezogen worden. Die Regierung hat ferner ein von ihr seinerzeit unterbreitetes Gesetz betr. die Alters-, Witwen- und Waisenunterstützung zurückgezogen. Von 100 000 Arbeitslosen kommt die Arbeitslosenunterstützung nur circa 30 000 zugute. In den letzten Wochen ist die Regierung sogar zur Liquidierung der Autonomie der Krankenkassen übergegangen, d. h. zur Auflösung der auf dem Wege des allgemeinen Stimmrechtes ernannten sozialistischen Verwaltungs- und Kontrollräte, die durch Regierungsbeamte ersetzt werden.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernheim; Wirtschaft: G. Klingelbier; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revolution: Dr. John Schimanski; Soziales und Sozialismus: Fritz Kersch; Anzeigen: H. Glaser; Ähnlich in Berlin: Verlag: Fortwörter-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bernheim-Verlag; Verlags- und Vertriebsstelle: Paul Singer u. Co., Berlin SW. 61, Lindenstraße 1. Biersa 1 Beilage und „Unterhaltung und Wissen“.

Sie schaffen sich Freude!



L343/61

Die edlen Lux Seifenflocken gibt es nur in den bekannten blau-roten Packungen. Normal: 50 Pfg., doppelgroß 90 Pfg.

Mit Lux Seifenflocken bleiben Ihre hübschen, duftigen Sommerkleider aus Voile, Seide und Kunstseide immer wie neu! Das bestätigen Ihnen aus eigener Erfahrung die führenden Textilfabrikanten und Geschäfte in ganz Deutschland, die Lux Seifenflocken gründlich erprobt haben.

Weil Lux Seifenflocken reinste, milde Seife sind, können Sie unbesorgt auch die empfindlichsten Gewebe damit waschen, und zwar la u w a r m, wodurch der Schmutz weit leichter, gründlicher und hygienischer entfernt wird. Wenn Ihnen also die schonende Pflege Ihrer zarten und bunten Sachen am Herzen liegt, dann waschen Sie sie nur in den zuverlässigen, reinen

LUX SEIFENFLOCKEN
SUNLICHT GESELLSCHAFT A.G. MANNHEIM





Lychen. Stargarder Torturm.

Am Rande der Mark

Freikirche aus dem 14. Jahrhundert erhalten. Diese liegt sehr malerisch vom alten Friedhof mit seinen schattigen Bäumen und dichten Hecken umgeben am Ufer des Haussees. Kloster Himmelstorf besaß das ganze Land Lychen mit Ausnahme dieser Stadt sowie ausgedehnte Besitzungen in Mecklenburg und Brandenburg und war eins der reichbegüterten Klöster in der Mark.

An der Woblitz.

Wir überschreiten bei der Schleuse das Verbindungsfließ zwischen dem Haussee und dem Stolpsee und wandern auf der Landstraße in südöstlicher Richtung weiter. An den Weggabelungen halten wir uns links und kommen zur Abzweigung Rosenbaum beim Einfluß der Woblitz in den Haussee. Jetzt führt ein schöner Fußweg (Treibelsieg) an der Woblitz entlang. Das Fließchen schlängelt sich durch schönen Wald, der vorwiegend von Laubbäumen, Buchen und Eichen gebildet wird. Die Woblitz erinnert manchmal an Biber aus dem Hochwald des Spreewalds. Paddelboote ziehen still ihre Bahn durch die friedliche Ruhe des Waldfließes. Bei einer Biegung taucht wohl auch unermittelt eine diebische Zille auf, die am Ufer festgemacht ist und Sonntag feiert. Der Leinpfad führt bis zum Forsthaus Woblitz, das am Austritt des Flusses aus dem Großen Lychensee liegt. Dieser See, der sich bis nach Lychen erstreckt, hat mehrere Inseln; eine davon beherbergt eine Trinkerheilstätte. Die Inseln können, solange sie auf diesem rings von Wasser umgebenen Eiland verweilen müssen, nicht in ihr altes Leiden zurückverfallen.

Lychen.

Vom Forsthaus Woblitz können wir auf zwei verschiedenen Wegen nach Lychen wandern. Wir lassen uns über die Woblitz mit einem Kahn überfahren und gehen dann zwischen dem Kleinen Lychensee (links) und dem Großen Lychensee (rechts) auf schönem Wege zum Waldende. In der Nähe des Bahnhofes Lychen kommen wir schließlich auf die Chaussee, und auf dieser haben wir bald die alte Stadt erreicht.



Himmelstorf. Ruine der Klosterkirche.

Ein anderer gleich schöner Weg führt vom Forsthaus Woblitz östlich um den Großen Lychensee herum. Wir wandern anfangs südöstlich, dann östlich und nördlich in der Nähe des Mellensees und des Gehöfts Brennickenwerder vorüber, das links liegen bleibt, schließlich zum Seeufer hinab und kommen nach Hohentzsch. Hier befinden sich viele Heilstätten, die wegen der reinen und gesunden Luft hier angelegt wurden. Weitenweite Wälder umgeben die Stadt, Industrie fehlt, so daß die Vorbedingungen für die Entstehung eines Luftkurorts hier geradezu vorbildlich sind.

Lychen wird bereits 1248 als Stadt erwähnt. Es kam 1236 an Brandenburg, ging aber später an Mecklenburg verloren, von dem es 1442 wieder an Brandenburg zurückgelangte. Die Grenzstädte im allgemeinen, so war auch Lychen ein gut befestigter Platz. Schon die natürliche Lage bot einen guten Schutz. Inselartig liegt die Stadt inmitten von sechs Seen: Oberpfuhl und Zenssee im Osten, Burtsee und Großer Lychensee im Westen, Relspfuhl oder Niederpfuhl im Norden und Stadtsee im Süden. Die Stadtmauer ist noch zu einem guten Teil erhalten geblieben.



Forsthaus Woblitz.

Große Feuersbrünste haben auch Lychen heimgesucht; 1648 und 1732 wurde der größte Teil der Gebäude vernichtet. Das Rathaus, ein fast quadratischer abgeputzter Backsteinbau, stammt etwa aus der Mitte des 18. Jahrhunderts. Es steht am Markt und ist von zwei Lindenreihen umgeben. Abseits liegt die Kirche, ein alter Feldsteinbau, nach Johannes benannt. Man ist auch in Lychen dem städtebaulichen Zug gefolgt, die Kirche abseits von den Verkehrsachsen zu errichten, damit die Besucher ungehindert ihre Andacht verrichten und sich erbauen können. Auch die Hauptkirche von Berlin, die Nikolaikirche, zeigt dieses Merkmal. Dagegen betrachte man von den neuzeitlichen Kirchenbauten z. B. die Gedächtniskirche am Zoologischen Garten, um die der Verkehr mit ungeminderter Kraft draus und wo daher eine Erbauung für den andächtigen Kirchenbesucher wohl kaum möglich ist.

Von den Resten der mittelalterlichen Befestigungswerke ist noch der Stargarder Torturm am Ende der Stargarder Straße erhalten. Er stammt aus dem 13. Jahrhundert; ein Storchneß krönt ihn.

Die Rückfahrt können wir von Lychen über Hohentzsch mit der Bahn nach Fürstenberg antreten (Zuzahlen). Ungleich schöner ist jedoch die Fahrt mit dem Dampfer über den Stadtsee, den Großen Lychensee, durch die Woblitz, deren landschaftliche Schönheiten uns noch besser zum Bewußtsein kommen als bei der Fußwanderung, und über den Haussee nach Himmelstorf. Hier wird durchgeschleust, dann geht die Fahrt weiter über den Stolpsee, durch die Havel und über den Schwedtfsee nach Fürstenberg (Fahrpreis 1 Mark). Unergleichlich schön, von hohem Genuß ist die Fahrt durch dieses prächtige Gebiet der mecklenburgisch-üdermännischen Seenplatte.

Länge der Fußwanderung Fürstenberg—Himmelstorf—Lychen etwa 19 Kilometer. Empfehlenswerte Karten: Reichskarte (1:100 000), Blatt 215, Rheinsberg, Reichtischblätter (1:25 000): 1317 Lychen, 1397 Fürstenberg und 1398 Himmelstorf.

In Fürstenberg in Mecklenburg beginnen wir unsere Wanderung am Rande der Mark. Es ist ihr Nordrand, der nördliche Teil der Ufermark, die von Mecklenburg-Strelitz begrenzt wird. Nach Fürstenberg kommen wir vom Stettiner Fernbahnhof mit der Nordbahn, Sonntagskarte 3. Klasse 4 Mark. Vom Bahnhof gehen wir zum Markt hinab und dann durch die Straße „Unter den Linden“ zum Schloß, das zu einem Sanatorium umgewandelt wurde.

Nach Himmelstorf.

Heute gehört Fürstenberg mit seiner prächtigen Umgebung von Wald und Wasser zum Ausflugsgebiet von Berlin. Wie anders war es jedoch in jener Zeit, als Witt und Swart in Reuters Reif na Bellingen hier hindurch kamen mit Karl Bepupps Anebus (Omnibus). Nahe der Grenze ihres Heimatlandes bekamen sie Angst vor dem „Ausland“, vor dem preussischen Zoll, von dem sie annahmen, daß sie für ihr Körpergewicht Pfund für Pfund Zoll zahlen müßten und daß ihr Geld ihnen abgenommen würde. Vom Schloß geht es nördlich nach dem sich eng an Fürstenberg anschließenden preussischen Dorf R a o e n s b r ü d. Bald biegen wir von der Strelitzer Chaussee rechts ab auf die Lychener Chaussee, die wir nach einer kurzen Strecke wiederum nach rechts verlassen. Die Landstraße führt in den Wald, einem schönen Mißwald, der anfangs vorwiegend Kiefern enthält. Rechts leuchtet der Schwedtfsee und später der Stolpsee auf, wir blicken zurück auf die Kirchtürme von Fürstenberg und Ravensbrück. Weiterhin sehen wir links den Sidowsee, einen tief in den Waldesgrund eingebetteten kleinen See. Wir sind in Himmelstorf. Auch hier machen sich schon Wochenendbesucher auf. Himmelstorf ist ein in den letzten Jahren recht gut entwickeltes Dorf mit Oberförsterei. Hier lag das ehemalige, 1294 als Filiale von Lychen gestiftete Zisterzienser-Mönchskloster, das eine Pforte zum Himmel sein sollte (Coeli Porta). Von dem Kloster ist noch ein Gebäude an der Straße, wohl das Brauhaus, und die Ruine der Back-

Die Pflasterkästen von A.M. Frey.

Copyright 1929 by Gustav Klepenheuer Verlag A.-G., Berlin

Der Kommandeur kommt zu Pferd vorbei, die Herren vom Stab werden reiten, soweit es geht. Der Adjutant hat viele Flaschen Rotwein einpacken lassen, die von Ordnungen hinausgeschafft werden. Hauptsache ist, daß der Alte was zu trinken hat. Mehr, Hauptsache für den Adjutanten selbst, der ein eiserner, ehrgeiziger, hochfahrender Herr ist und den zappelnden, drausgängerischen, aber wenig fähigen Kommandeur kaltgestellt wissen will, damit er selber die Zügel in die Hand nehmen kann. Was für Anordnungen er zu treffen hat, das wird er dem Alten schon beibringen, der in eine Ecke gesetzt, plappern wird, befohlen gemacht, ohne zu wissen, wie ihm geschieht.

Die Feldwebel schließen ihre Sanitätswagen auf — zu jedem Bataillon gehört einer — und entnehmen ihnen Material. Sie warten Lipps Befehle nicht ab, der herumrennt und nach einer Refordspitze fahndet.

Die Sanitätswagen dürfen — Anordnung höherer Stellen! — tunlichst nicht ins Feuer hineinkutschiert werden. Sie müssen — Materialknappheit! — möglichst geschont bleiben, und wenn die Schonung des Menschenmaterials auch darunter leiden sollte.

Träger werden mit Binden, Flaschen, Hartspiritus, Verbandmull, Zwieback, Tee, Medikamenten beladen. Sie schleppen die Dinge davon, in Rucksäcken oder auf Bahren zu Bergen gehäuft.

Lipp ist so weit, um mit seiner Schar abzurücken. Das heißt, die Schar ist fertig gemorden ohne ihn, und er muß mit. Er läßt Funk und Walz zurück. „Jemand muß in Fournes bleiben.“ Walz ist ihm zu fähig für die heutigen Aufgaben. „Ein labiler Narr!“ Auf Funk verzichtet er wohl, weil er nicht wünscht, seine desolante Verfassung in ihrem ganzen Umfang vor ihm enthüllt zu sehen.

Bei Walz und Funk bleibt der preussische Arzt, der die Meter trinkt. Er übernimmt eine eventuell nötige ärztliche Versorgung des Ortes, erklärt aber, seinen bereits zurück-

gezogenen Schippern nachzurücken, falls die Engländer unangenehm nah herankommen sollten.

Es wird unheimlich still in Fournes. Außer den paar Leuten der Ortskommandantur und Einzelgängern von der Bagage ist nichts zu sehen. Die Zivilbevölkerung hat sich bebend vertrieben, das Revier ist aufgelöst, wer ein Gewehr tragen kann, wird dorthin gezwungen, wo die Erde tobt. Funk hat dafür zu sorgen, daß neues Verbandmaterial hinauskommt, daß Meldungen weitergehen, daß Verbindung mit Divisionsarzt, Sanitätskompanie, Lazareiten gehalten wird.

Aber das bedeutet, daß er und Walz im ganzen, und gemessen an den entsetzlichen Leistungen von jenen da draußen, nichts zu tun haben.

Die Stunden schleichen qualend. Immer noch trommelt der Engländer. Um drei hört er auf, schlagartig. Für den Laien wäre es ein Aufatmen, für den Eingeweihten ist es das Zeichen, daß jetzt erst das Gräßlichste beginnt.

Funk schweift unruhig, fast mehr noch gelangweilt umher — eine Langeweile, die den Ekel von Ursprung hat. Im Vorgärtchen um die Rollen surren Hummeln. Die Erde steht noch, aber alles surrende Geräusch, alle schnell bewegte Luft ist unerträglich. Funk schlägt nach ihnen, auch er will kämpfen, sie sind ebenbürtige Feinde, sie haben einen giftigen Stachel. Es ist abgeschmackt, was er tut, aber es ist der wilde Drang nach Beschäftigung.

Artillerie tobt wieder in alter Kraft. Die Engländer haben das Feuer hinter den Graben verlegt.

Um sechs Uhr abends kommt die Kunde: der Feind ist durchgebrochen. Er hat den deutschen Graben genommen. Er ist im Vormarsch. Wann wird er in Fournes sein? Er hat ja nicht weit.

Walz, der Nachlässige, der nie in Ordnung ist, durchsucht jeden Winkel seines verödeten Kellers und findet wirklich noch eine zerrissene Genfer Binde, die er mit vielen Sicherheitsnadeln um seinen Ärmel heftet. — Jetzt mögen sie eintreffen, er wird im Gefangenenlager Sanitätsdienst machen und es ein wenig besser haben als die andern.

Aber jene kommen nicht. Sie dringen vor bis hart an die Befehlsstellen, an den Verbandsplatz. Da werden sie auf gehalten. Sie werden „aufgefangen“, wie der militärtechnische Ausdruck heißt; er klingt harmlos und anmutig, nach Akrobaten- und Jongleurkünsten. Er und viele andere decken die Wahrheit zu — die eindünne Wahrheit, daß gemordet und gemehelt wird.

Englische Trüppchen werden „abgeriegelt“. Ihre Verbindung nach rückwärts wird unterbunden.

Das ist um acht. Dann fällt die Dämmerung ein und mit ihr stärker die Hingabe an Erschöpfungen, Hingabe des Gegners an die Erkenntnis vom mißlungenen Schlag.

„Hab' ich's net gleich gesagt? Sie bezwecken nichts!“ triumphiert Fähnlein draußen.

Wie recht er hat! Ein großer Aufwand ist schmächtig vertan.

Hunderte von Toten. Sie verweisen sehr schnell in der Julihsche. Sie werden später auf Rippwägelchen der Feldbahn, des Materialbahnhagens, wie Stückware verladen und fortgerollt. Zu Hügeln türmt sich in Fournes der Abfall aus der Werkstatt des Mars, wie ein Leutnant meint, der früher Reporter war. Das unbrauchbare Fleisch, vorgestern noch verwendbar als Gewehrträger, als Bojonettstisch und Schuß, fällt in die Grube. Wenn es je hier draußen etwas Würdiges, etwas Sinnvolles getan hat, so jetzt: es düngt die Erde. Endlose Züge von Berwundeten, von Sterbenden, die erst noch ein wenig mitmachen müssen in Eisenbahnwagen, in Lazarettbetten. Sie sind verstümmelt worden um 3 Uhr 20, um 4 Uhr 3, um 6 Uhr 18 — und sind so zugerichtet für alle Ewigkeit. War es die große Minute ihres Daseins — ein Höhepunkt, der nun bleibend fixiert ist? Das Eisene Kreuz zweiter und das erster Klasse! Bei manchem ist der Lungenflügel nicht mehr da, über dem es prangen müßte.

Drei Tage später aber — der Kommandeur, wieder in Fournes, hat sich ausgeschlafen und gar keinen dicken Kopf mehr. Lipp ist, ohne Schnupfen ebenfalls zurück — erscheint ein fulminanter Regimentstagesbefehl:

Ein neues Ruhmesblatt bietet die erfolgreiche Abwehr der starken englischen Angriffe. Schwer waren die Aufgaben, manche Opfer mühten stattfinden, hervorragend aber leuchten die Leistungen. Vorbildlichstes und schnelligstes Verhalten sämtlicher Offiziere, musterhaftes Benehmen der übrigen Dienstgrade wie auch der Mannschaft, bewundernswerte Tapferkeit und zähe Ausdauer, sowie geniales Zusammenwirken aller Führer waren die Grundlagen, auf denen unsere herrlichen Ergebnisse aufgebaut werden konnten. Dafür aber auch den Teilnehmern an diesem Ehrentag des Regiments mein vollstes Lob, meine größte Befriedigung, meinen innigsten Dank im Anschluß an die höheren Ortes uns bereits gewährt, tief zu verehrenden Anerkennung.

Es soll in Zukunft und für alle Zeit nicht anders mit uns stehen.

gez. von Pummer. (Fortsetzung folgt.)

Zeppelin über Sibirien.

Kurs nördlich der sibirischen Bahn.

Die Hamburg-Amerika-Linie gibt folgende Standortmeldung: 16 Uhr 50 Grad nördliche Breite, 64 Grad östliche Länge. An Bord alles wohl. Demnach hat das Luftschiff die sogenannte nördliche Linie genommen, wonach die kürzeste Entfernung nach Tokio nicht dem Breitengrade folgt, sondern (auf der Mercator-Linie gesehen) über Sibirien in einer ziemlich hoch nach Norden gewölbten Kurve verläuft. Infolgedessen folgt das Luftschiff offenbar auch nicht der sibirischen Bahn, sondern befindet sich bei dem oben angegebenen Standort schon jetzt etwa 300 Kilometer nördlich der Bahn.

Wie aus Moskau gemeldet wird, berichtet die Zentrale der Ostasiatischen Gesellschaft, daß das Luftschiff „Graf Zeppelin“ um 16.30 Uhr MEZ. über Nischni-Tagilski mit Kurs auf Tobolsk gerichtet wurde. Das Luftschiff flog bei gutem Wetter. Eine Funkverbindung mit dem Luftschiff gelang der Vertretung der Ostasiatischen Gesellschaft in Jekaterinburg nicht, obgleich die Vertretung das Schiff anrief. Die Wetterdienststelle in Jekaterinburg gibt nach Moskau am Freitag mittag durch, daß das Tiefdruckgebiet zwischen Amur und Lena ostwärts abgewandert sei, so daß das Luftschiff voraussichtlich das Tiefdruckgebiet nicht zu passieren brauchen werde. Die westlichen Winde werden dem Luftschiff beim Überfliegen des Urales zufließen können.

Zum Zeppelinflug über das Sowjetgebiet schreibt in den „Jornal“ der russische Ingenieur Worobjew, der früher längere Zeit in Friedrichshafen gewohnt und dort Dr. Eckener persönlich kennengelernt hat, folgendes: Dem deutschen Luftschiff sei eine schwierige und ganz neue Aufgabe gestellt, denn es müsse einen Luftstrom durchfahren, in dem noch niemals ein Luftschiff gefahren sei. Für die Entwicklung des internationalen Luftverkehrs würde das Gelingen der Fahrt von größter Bedeutung sein, vor allem auch für die Sowjetunion, deren außerordentliche Ausdehnung über teilweise noch kaum erschlossene Gebiete den Ausbau des Flugverkehrs besonders notwendig erscheinen lasse. Worobjew nennt Dr. Eckener den hervorragendsten Kenner aller Luftverkehrsfragen, dessen Erfahrung und Wissen wohl unerreicht dastehen. Worobjew erinnert ferner daran, wie herzlich und wohlwollend die Sowjetbürger in Deutschland aufgenommen worden sind. Das verpflichte die Sowjetunion noch mehr dazu, den Zeppelinflug in jeder Weise zu fördern und zu unterstützen, was aber ohnehin geschehen würde, weil man in Sowjetrußland die größte Bewunderung für das Luftschiff und seinen Führer empfinde.

Wie sich ein Pfarrer benahm.

Ein peinlicher Zwischenfall in Charlottenburg.

Am Verfassungstage haben bekanntlich einzelne evangelische Kirchengemeinden der Republik gebührend durch besondere Festgottesdienste. Der Generalsuperintendent von Berlin, Herr D. Carow, ist vorangegangen durch einen Festgottesdienst in der Dreifaltigkeitskirche, zu dem die staatlichen Behörden eingeladen waren. In Charlottenburg hielt den einzigen Festgottesdienst Herr Pfarrer Blüher ab, der würdig die Bedeutung der Weimarer Verfassung für die Kirche hervorhob. Seine Freunde im Gemeindeführer hatten schon vor acht Wochen den Vorsitzenden des Gemeindeführer gebeten, einen Beschluß herbeizuführen, an dem nationalen Festtag die kirchlichen Gebäude zu besetzen. Trotzdem noch im vergangenen Jahre der Gemeindeführer eine ablehnende Haltung eingenommen hatte, entsand Herr Pfarrer D. Dr. Luther dieser Bitte, indem er schrieb: „Ich hatte schon meinerseits die Kirchenbeamten angewiesen, am 11. August zu fliegen. Anfrage an die Fraktionen erübrigt sich damit.“

Mit großem Befremden mußten die Gemeindeführer am 11. August sehen, daß nicht geflogen war. In Abwesenheit des Herrn Pfarrer D. Dr. Luther ist von dem stellvertretenden Vorsitzenden des Gemeindeführer, Herrn Pfarrer F. F. F., am 10. August nachmittags dem Küster verboten worden, die gegebene Anweisung seines Chefs auszuführen. Den Antragstellern selbst ist nicht einmal eine Mitteilung zugegangen. Vielmehr wurden sie bei dem Kirchenbesuch gewahrt, daß die gegebene Zusage nicht gehalten worden war. Während am 28. Juni, dem Trauertag von Versailles, der bekanntlich öffentlich nur von den Rechtsparteien und der evangelischen Kirche begangen wurde, die Trinitatiskirche flugte, wurde am Verfassungstage nicht geflogen, trotzdem in der Kirche ein Festgottesdienst stattfand, der im amtlichen Kirchenzettel als solcher angekündigt war, trotzdem weiter die schriftliche Anweisung an den Küster vorlag, zu fliegen.

Wir haben die Auffassung, daß dieser Vorgang die Öffentlichkeit beschäftigen muß, zumal daraus hervorgeht, von welcher Seite aus das Ansehen der evangelischen Kirche geschädigt wird.

Der Frauenhilfsverein unserer Polizei.

Der Frauenhilfsverein bei der Staatlichen Polizeiverwaltung Berlin hielt am Donnerstag nachmittag im Polizeipräsidium unter Leitung seiner 1. Vorsitzenden Frau Jürgel seine öffentliche Mitgliederversammlung ab.

Aus dem erstatteten Jahresbericht ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl des Frauenhilfsvereins im laufenden Jahre von 390 auf 718 gestiegen ist, und daß der Verein mit seinen Richtlinien: gegenseitige Hilfe, praktische Nächstenliebe und Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls, außerordentlich wertvolle Arbeit geleistet hat. Diese Arbeit erstreckt sich auf folgende Gebiete: Bearbeitung von Unterstützungsgelegenheiten, Gewährung von Stärkungsmitteln, Beschaffung von Kleidungsstücken, Verschickung von Kindern in Ferienheime, Vermittlung von Hauspflege und Vermittlung der Unterbringung in Waisenheime. Die Beratungsstelle des Frauenhilfsvereins ist von 1796 Besuchern in Anspruch genommen worden gegenüber 1142 Besuchern im Vorjahre. 486 Kinder wurden verschickt, zum Teil eingekleidet. Die Verschickung erfolgte nach Oberschreibebau, Wittlitz, auf Anruhr, Sankt Peter Ordung, Kellenhufen, Gähren auf Rügen und Vaehn im Riesengebirge. Außerdem hat der Verein jungen Töchtern von Polizeibeamten zur Ausbildung als Sozialbeamtinnen verholfen und sonstige Stellen verschafft. In zahlreichen Fällen wurde Hauspflege geleistet. Zu Weihnachten wurden 468 Kinder beschert, daneben wurden für die Mitglieder zahlreiche Besichtigungen sozialer, volkswirtschaftlicher und sanitärer Einrichtungen

Der Luftmord an der Elfjährigen.

Hilde Zepernick in dem Opfer erkannt.

Die furchtbare Aufklärung, die das Verschwinden der 11jährigen Hilde Zepernick gefunden hat — das Kind wurde, wie bereits kurz mitgeteilt, ermordet im Keller eines Neubaus an der Westendallee aufgefunden —, hat bisher zu folgenden erschütternden Feststellungen der Kriminalpolizei geführt:

Wie wir schon kurz berichteten, fanden Bauarbeiter in einem abgelegenen Keller des großen Neubaublocks zwischen der Schaumburgallee einerseits und dem Sagenplatz resp. der Westendallee andererseits eine verdächtige Stelle, deren nicht zementierter Sandboden sich durch seine hellere Farbe von der Umgebung unterschied. Außerdem war eine Reihe Kieselsteine zu einem Kreis zusammengelegt. Auf die Benachrichtigung hin erschienen Vizepolizeipräsident Dr. Weiß, der stellvertretende Chef der Kriminalpolizei, Oberregierungsrat Kopp, der Leiter der Nordinspektion Kriminalpolizeirat Gennat und die Kommissare Bernburg und Duoh mit ihrem Beamtenstab alsbald an der Fundstelle. Nachdem von verschiedenen Seiten photographische Aufnahmen gemacht worden waren, wurde unter Anwendung der erforderlichen Vorsichtsmaßregeln beim Licht der großen Scheinwerfer des inzwischen eingetroffenen Motorautos die Grabung begonnen, die bis gegen 3 Uhr nachmittags dauerte. Dann war die Leiche vollkommen freigelegt.

Schon der erste Augenschein ließ keinen Zweifel darüber, daß man die seit vergangenen Montag vermißte Hildegarde Zepernick gefunden hatte. Das Kind ist das Opfer eines Sittlichkeitsverbrechens geworden.

Es lag auf der linken Seite, die Arme waren an den Leib gezogen. Sein weißes Kleidchen und sein Hemd waren hochgezogen, das Unterzeug herabgerissen. Am Halse der kleinen Leiche zeigten sich deutlich rote Striemen, die vom Erdroffeln mit der Hand Zeugnis ablegten. Kriminalkommissar Duoh hielt die Mutter in schonender Weise von dem Funde in Kenntnis. Die tief bellagenerweichte Frau brach vollständig zusammen. Verwandte, die man zur Identifizierung herbeiholtete, erkannten die kleine Hilde einwandfrei wieder. Auch sie waren von dem Schicksal des Kindes aufs tiefste erschüttert. Die kleine Leiche war vorsichtig aus der Grube herausgenommen und seitwärts aufgebahrt und zugedeckt worden. Ehe man mit den Grabungen begonnen hatte, sah man noch die Spuren der Hunde, die vor zwei Tagen zur Suche angeheft waren. Das gibt darüber Aufschluß, daß das Kind schon zu dieser Zeit dort eingegraben gewesen sein muß.

Ueber den Täter

des entsetzlichen Verbrechens weiß man noch nichts. Die Bauherrin des großen Blocks ist die Firma Sommerguth u. Esser, die Bauarbeiten werden von der Firma Ernst Gilles ausgeführt.

veranstaltet. In Aussicht genommen ist die Einrichtung sozialer Krankenhausfürsorge im Staatskrankenhaus.

Nach der Verlesung des Jahresberichts, der mit großem Beifall aufgenommen wurde, fand die Neuwahl des Vorstandes statt, die die Wiederwahl von Frau Jürgel zur 1. Vorsitzenden und die Neuwahl von Frau Heilmann zur 2. Vorsitzenden ergab. Zum Schluß der Versammlung ergriff Polizeipräsident Jürgel das Wort, um den Mitgliedern des Vereins seinen Dank und seine Anerkennung für die geleistete Arbeit auszusprechen.

Raubüberfall auf einen Geldtransport.

Zwei Begleiter von Räubern bei Bonn erschossen.

Mechernich (Kreis Schleiden), 16. August.

Ein Geldtransport der hiesigen Grube, der vom Grubenförster, einem Sicherheitsbeamten des Werks und zwei Angestellten geleitet wurde, wurde gestern mittag von vier maskierten Räubern südwestlich von Bonn bei Eschkirchen überfallen, die sogleich zu schießen begannen. Der Sicherheitsbeamte wurde sofort getötet, der Grubenförster wurde so schwer verletzt, daß er später gestorben ist, während die beiden anderen Begleiter unverletzt blieben. Die Räuber erbeuteten acht bis zehntausend Mark und flüchteten auf Fahrrädern. Ihre Verfolgung wurde sofort aufgenommen.

Belgrad, 16. August.

Der Belgrader Kaufmann David Wamja, der mit seinem Automobil seine Familie aus der Sommerfrische in Krondjelovac abgeholt hatte, wurde gestern nachmittag in der Nähe von Madenovac, dreißig Kilometer von Belgrad, von zwei maskierten und bewaffneten Straßenräubern angehalten. Als Wamja Vollgas gab, um zu entkommen, feuerten die Räuber einige Schüsse ab, durch die drei Insassen des Automobils verletzt wurden, davon einer schwer. Wamja konnte jedoch mit seinem Wagen die nächste Ortschaft erreichen, von wo vier Polizeibeamte sofort die Verfolgung der Räuber aufnahmen. Umweit des Tatortes stieß das Automobil der Polizeibeamten auf eine über die Straße gelegte Steinbarrikade. Zugleich wurden von zwei verummumten Gestalten, die hinter der Barrikade standen und offenbar mit den geflüchten Straßenräubern identisch waren, Schüsse auf die Beamten abgegeben. Es kam zu einem regelrechten Feuergefecht, in dessen Verlauf ein Beamter und einer der Angreifer getötet und zwei weitere Beamte verletzt wurden. Der zweite Räuber ist, wie man glaubt, gleichfalls verwundet worden, doch gelang es ihm, zu entkommen. Man ist ihm auf der Spur.

Vermißt wird seit dem 12. August 1929 der zwanzigjährige Seherlehrling Paweł Nowicki. Der Vermißte ist angeblich zur Arbeit gegangen. Dort ist er aber nicht gewesen. Er ist etwa 1,72 Meter groß, hat ein volles Gesicht und eine schlanke Figur. Bekleidet war er mit einer braunen Windjacke, dunkelbraunen Wandstiefeln, einer braunen Weste, gemusterten braunen Stutzen und schwarzen Schnürschuhen. Die Unterwäsche, ein Einladhemd ist B. N. gezeichnet. Als Gepäck führte er einen grünen Rucksack bei sich. Da der Vermißte schwermütig war, muß mit einem Selbstmord gerechnet werden. Mitteilungen über den Verbleib erbeten an Nowicki, Berlin S. 59, Dieffenbachstr. 37.

Es handelt sich um Zugwohnungen, die bis zum 1. Oktober d. J. fertiggestellt sein sollen. Die meisten Keller waren bereits zementiert. Der Keller, in dem die Leiche von dem Bauarbeitern Bahnmann und Riech gefunden wurde, liegt neben dem Fahrstuhlschacht und hat noch Sandfußboden. Sämtliche auf dem Bau beschäftigten Leute werden von den Kriminalkommissaren Bernburg und Duoh eingehend befragt werden. Es ist möglich, daß einer oder der andere doch irgend etwas Verdächtiges wahrgenommen hat. Schon in den letzten Tagen waren die Arbeiter, die selbst ein großes Interesse an dem Verschwinden des ihnen bekannten Kindes nahmen, selbst auf die Suche gegangen, hatten aber nichts finden können. Als sie am Donnerstag nachmittag mit ihrem Polier den Bauplatz verließen, sprachen sie erleichtert davon, daß auf ihrer Arbeitsstelle das Verbrechen wohl nicht verübt worden sei. Der heutige Fund hat diese Hoffnung schrecklich zerstört. Schon früher war davon die Rede, daß die Kinder mit den Bauarbeitern sehr gut Freund waren und ihnen mehr als einmal kleine Gaben besorgten. Mit Vorliebe holten sie Zigaretten und bekamen als Dank die Bildchen, die in manchen Packungen liegen. Erst am Montag, kurz vor dem Verschwinden der kleinen Hilde, hatte sie für den Aufseher und Beifahrer eines Steinwagens eine Schachtel Zigaretten geholt. Später hatte man das Kind nicht mehr gesehen. Bei der großen Ausdehnung des Baublocks war es wohl möglich, daß sich ein Fremder einschlich, ohne daß der Wächter, der nach Feierabend auf dem Grundstück ist, ihn bemerkte. Der noch unbekannte Mörder muß sein kleines Opfer unter irgendeiner Vorspiegelung auf den Neubau und in den Keller hinabgelockt und hier sein Verbrechen verübt haben. Aus einem rätselhaften Grunde umgab er dann die Stelle, an der er die Leiche vergraben hatte, mit einem Kreis von Steinen. Er nahm dazu gewöhnliche Kiesel, die teils ganz, teils zerleinert sind. Nachdem der Tatbestand festgestellt worden war, wurden unverzüglich die weiteren Maßnahmen zur Ermittlung des Mörders getroffen.

Die Untersuchung und die Vernehmungen sind noch im vollen Gange.

Die furchtbare Tat erinnert an die Untat des Mörders Karl Böttcher, der sich im Juli 1928 an der achtjährigen Senta Ebert in einem Kornfeld in Blankensfeld verging und das Kind tötete. Während zuerst die Nachforschungen der Kriminalpolizei im Sande zu verlaufen schienen, kam man durch einen Zufall auf die Spur des Täters. Bei Erfner wurde eine Krankenschwester von einem Unhold überfallen. Auf Grund der Beschreibung konnte der Täter wenige Tage später festgenommen werden. Es war der noch jugendliche Böttcher. Im Laufe der Untersuchung wurde Böttcher dann sowohl des Mordes an der Senta Ebert als auch an der Gräfin Lambsdorff überführt. Außerdem wurde Böttcher ein Luftmord zur Last gelegt, den er im Jahre 1927 in der Gartenstr. 89 an einem Mädchen begangen haben sollte. Diese Tat bestritt er allerdings noch mit aller Hartnäckigkeit, als er am 13. Januar 1928 zur Richtstätte geführt wurde.

Der Sprung in den Herthasee.

Ein ungewöhnlicher Freitod.

In der Nacht zu Freitag sprang die 42jährige Erika von Dellingen von der Bismarckbrücke im Brunwald in den Herthasee und ertrank.

Die Lebensmüde hatte am Potsdamer Platz eine Auto-droische genommen und den Chauffeur beauftragt, sie nach dem Brunwald hinauszuführen. In der Nähe der Bismarckbrücke ließ die Frau den Wagen halten. Während der Fahrer noch an der Uhe beschäftigt war, ließ der Fahrgast plötzlich davon. Der Chauffeur eilte hinterher, verlor aber im Dunkeln die Spur. Unmittelbar darauf sah ein Anwohner, wie sich eine Frau über das Geländer der Bismarckbrücke schwang und sich in den Herthasee stürzte. Schon nach kurzer Zeit gelang es der alarmierten Feuerwehr, die Selbstmörderin zu bergen. Alle Wiederbelebungsversuche waren jedoch ohne Erfolg.

Was die Frau in den Tod getrieben hat, konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

Ein Karton Butter.

Es kostete ein Jahr drei Monate Gefängnis.

Auf der Anlagebank plärrt ein Dreundzwanzigjähriger — im Inbegriff weint eine Mutter wirkliche Tränen. Man kennt dieses tränenlose Weinen von Simulanten. Sie hoffen, damit Eindeut zu machen. Wer weiß, vielleicht hätte dieser junge Mensch Glück gehabt.

Sein Strafregister ist nicht allzu hoch. Im Jahre 1910 und 1923 waren es ganz geringfügige Strafen. Im Jahre 1925 erhielt er aber ein Jahr Gefängnis wegen schweren Diebstahls. Also ist es jetzt schwerer Diebstahl im Rückfall.

Der junge Mensch behauptet, ein halbes Jahr im Mannesbad gearbeitet zu haben; er habe fort müssen, um anderen Platz zu machen; seine Eltern hätten ihm durch stete Vorhaltungen das Leben vergällt, und so sei er von ihnen fort und in Not gewesen. Nur aus Not habe er aus dem Wagen den Karton mit den 25 Pfund Butter genommen; die Wagentür habe offen gestanden; der Bierantischlüssel gehöre zu seinem Rade; er führe ihn stets in der am Fahrrad angebrachten Tasche. Der Wagentürschlüssel habe aber bei der polizeilichen Vernehmung behauptet, die Wagentür sei verschlossen gewesen. Er wird vernommen und schwört unter Anrufung Gottes, daß die Wagentür zugewesen sei. Er habe darauf ganz besonders acht gegeben; denn in den letzten drei Wochen sei er fünfmal bestohlen worden. Einmal habe er sogar eine Tonne mit 56 Pfund Butter eingehohlet und sei schon selbst in Verdacht geraten, die Hand dabei mit im Spiele zu haben. Der junge Mensch genieße in Moabit den denkbar schlechtesten Ruf, er müsse ihm schon öfters nachgesehen sein, wozu habe er auch den großen Vieserruckack an seinem Fahrrad. Der Schlüssel, den er bei sich führe, passe zu den Wagen seiner Kollegen, die gleich ihm öfters bestohlen worden seien.

Der Staatsanwalt beantragt ein Jahr drei Monate Gefängnis. Der Angeklagte sagt in seinem letzten Wort: „Ich bin so ein schwacher Mensch und kann mich selbst nicht halten.“ Der Richter verurteilt den Dreundzwanzigjährigen zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis mit der Begründung, daß nicht zulässig gemeldet sei, auf die Windestrasse zu erkennen. Weshalb war die Windestrasse von 1 Jahr Gefängnis nicht zulässig? ...

Kündigung während des Urlaubs.

Eine wichtige Entscheidung.

Das Arbeitsgericht Berlin fällt eine wichtige Entscheidung in der Frage, wann eine während der Beurlaubung des Arbeitnehmers ausgesprochene Kündigung als rechtswirksam gilt. Der Entscheidung lag folgender Streitfall zugrunde:

Einer Angestellten war gekündigt worden, das Kündigungs schreiben konnte ihr aber nicht zugestellt werden, da sie, von der Firma beurlaubt, verreist war. Die Kündigung wurde ihr erst übergeben, als sie vom Urlaub zurück wieder ihren Dienst antreten sollte. Sie legte sofort Einspruch beim Betriebsrat ein, der die Zustimmung zur Kündigung nicht gab, sondern auf Grund des Arb. Klage vorm Arbeitsgericht anstregte. Die Beklagte wandte ein, daß die im Befehl vorgeschriebenen Fristen nicht gewahrt seien, denn die Arbeitnehmerin war am 7. Juli gekündigt worden, der Betriebsrat hätte aber erst am 20. Juli widersprochen. Damit sei die gesetzliche Fünf-Tage-Frist erheblich überschritten. Der Betriebsrat machte geltend, daß die Frist erst von dem Tage an zu laufen beginne, an dem der Klägerin die Kündigung wirklich zugestellt sei. Das ist erst am 20. Juli der Fall gewesen, nachdem die Arbeitnehmerin wieder in Berlin eingetroffen war. Das Arbeitsgericht in Berlin schloß sich der Rechtsauffassung des Betriebsrats an. In der Begründung des Urteils heißt es:

Zu Unrecht sieht die Beklagte nach Ansicht der Kammer auf dem Standpunkt, daß Frau L. die Frist zur Anrufung des Betriebsrats veräußert und damit auch die Klage verspätet eingereicht habe. Die Entlassung der Frau L. wurde, da sie in deren Abwesenheit geschah, gemäß § 130 BGB. erst in dem Augenblick wirksam, wo ihr die schriftliche Mitteilung der Entlassung zugeht. Der die Entlassung aussprechende Brief der Beklagten mußte also, damit sein Inhalt wirksam werde, dertart in den Nachbereich der Frau L. kommen, daß diese die Möglichkeit hatte, davon Kenntnis zu nehmen. Das ist aber nicht geschehen, denn Frau L. war bereits verreist, als die Beklagte am 7. Juli den Brief zur Post gab, und der Beklagten war dies auch bekannt. Trotzdem wäre das Zugeschickte dieses Briefes als am 8. Juli erfolgt anzusehen, wenn Frau L. die Unmöglichkeit der Zustellung an sie schuldhaft herbeigeführt hätte. Nach der Ansicht der Kammer liegt ein solches Verschulden aber nicht vor. Der Zeuge hat bestätigt, daß Frau L. ihn vor ihrer Abreise beauf-

tragt hatte, gegen ihre etwaige Entlassung Einspruch zu erheben. Frau L. hatte also den Zeugen mit der Wahrnehmung ihrer Rechte gegenüber der Beklagten beauftragt, und so konnte und rechnete sie auch damit, daß der Zeuge als ihr Vertreter von einer etwaigen Entlassung jederzeit Kenntnis erhalten und die erforderlichen Schritte gegen die Beklagte in ihrem Namen ergreifen würde.

Damit hat sie nach Ansicht der Kammer genug getan, um die Möglichkeit zu schaffen, daß auch in ihrer Abwesenheit die Mitteilung einer Entlassung an sie gelangen konnte. Sie brauchte daher nicht außerdem ihre Urlaubsadresse bei ihrem Postamt zu hinterlassen, wie die Beklagte annimmt.

Stadt Berlin gegen den Probst.

Berufung beider Parteien beim Kammergericht.

Gegen das Urteil des Landgerichts I in dem Flaggenprozeß der Stadt Berlin gegen den Probst von Berlin und die Kirchengemeinden von St. Marien und St. Nikolai haben jetzt die Stadt, vertreten durch das Bezirksamt Mitte, und der beklagte Probst und die beiden Kirchengemeinden Berufung beim Kammergericht eingelegt.

Dieser komplizierte Prozeß, bei dem es sich darum handelt, ob die Stadt auf dem Probstgebäude in der Probststraße 7 die Reichsfahne hissen dürfe und durch den gleichzeitig auf Antrag des Bezirksamtes die Eigentumsverhältnisse an dem Gebäude geklärt werden sollten, wird also das Gericht auch in zweiter Instanz beschäftigen. Zu einem Termin vor dem Kammergericht dürfte es allerdings kaum vor Dezember dieses oder Januar nächsten Jahres kommen.

Durch das Urteil des Landgerichts war bekanntlich der Stadt Berlin das Recht abgesprochen, auf dem Probstgebäude die Reichsfahne zu hissen, weiter aber zugunsten der beklagten Kirchengemeinden festgestellt worden, daß lediglich dem Probst ein Wohn- und Nutzungrecht des Gebäudes zustände, nicht aber den beiden Gemeinden.

In der heutigen Verhandlung verweigerte die Angeklagte jede Erklärung für ihre Tat. Nur die frühere Aussage, daß ihr Freund H. ihr die Salzsäure gegeben hätte, damit sie seine Frau damit verlege, zog sie zurück.

Raubüberfall auf eine Witwe.

Gestern nachmittag drangen im Norden Berlins zwei bewaffnete Männer in eine Mansardenwohnung, die die 37jährige verwitwete Frau Hedwig Blum mit ihren beiden Kindern innehat. Als Frau Blum aus dem Wohnzimmer in die Küche gehen wollte, standen ihr plötzlich die beiden Männer gegenüber. Der eine legte ihr einen Revolver auf die Brust und drohte, sie sofort zu erschießen, wenn sie einen Laut von sich gäbe. Unterdessen durchsuchte sein Spießgeselle die Wohnung, entdeckte auf einer Wanduhr eine Brieftasche und nahm den Inhalt, die gesamten Ersparnisse der Frau, in Höhe von 95 M. an sich. Dann entfernten sich die beiden Männer, ohne von einem Hausbewohner bemerkt zu werden. Als die zu Tode erschrockene Frau nach längerer Zeit zu sich kam und die Polizei benachrichtigte, war von den Räubern keine Spur mehr zu entdecken.

Wirtschaftlerin Neumann geisteskrank?

Die Wirtschaftlerin Frau Neumann in Breslau, die sich unter dem Verdacht des Doppelmordes an Dr. Rosen in Untersuchungshaft befindet, wird gegenwärtig im Untersuchungsgefängnis durch den Gerichtsarzt Prof. Dr. Neuter auf ihren Geisteszustand untersucht und beobachtet. Mit dem Abschluß der Untersuchung und Beobachtung ist vor Mitte des nächsten Monats nicht zu rechnen. Alsdann wird der Sachverständige sein Gutachten erstatten, was spätestens Ende September der Fall sein wird. Erst dann wird sich entscheiden, ob gegen die Wirtschaftlerin Neumann Anklage erhoben wird oder nicht.

Explosionkatastrophe in England.

Kaffeehaus zerstört. — 16 Personen schwer verletzt.

In Newcastle on Tyne ereignete sich am Freitag in der Nähe des Kleidermarktes eine schwere Gasexplosion. Ein Café wurde vollkommen zerstört und die Häuser in der Umgegend teils schwer beschädigt. Soweit bisher festgestellt, wurden 16 Personen verletzt, zum Teil lebensgefährlich.

Arbeitsunfälle in Osterschlesien.

„Eine erschreckende Statistik“ nennt der „Glos Prawdy“ die Angaben, die von Arbeitgeberorganisationen über die Unfälle in der osterschlesischen Industrie gesammelt worden sind. Danach sind in den Jahren 1925 bis 1928 im Bergbau und in den Hüttenwerken Osterschlesiens mehr als 21 000 Arbeiter von Unfällen betroffen worden. Von diesen Unfällen haben 154 einen tödlichen Ausgang gehabt. Das Warschauer Blatt erblickt in dieser Statistik „ein niederschmetterndes Zeugnis“ für die Rückständigkeit der Sicherheitstechnik in Polen.

Meuterei in einem polnischen Gefängnis.

Am Gefängnis von Kielce kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen den Sträflingen und den durch Polizei verstärkten Wärtern. Die Sträflinge hatten schon seit längerer Zeit die Entlassung eines geistig gestörten Häftgenossen in eine Heilanstalt verlangt. Da diese und einige andere von den Gefangenen aufgestellte Forderungen nicht erfüllt wurden, bewaffneten sich die 130 Gefangenen mit Holzknüppeln und gingen gemeinsam gegen die Gefängniswache vor. Die Gefängniswache und die Polizei gaben darauf eine Salve auf die Meuterer ab, wodurch zwei Gefangene verletzt wurden. Der eine Gefangene ist nach wenigen Sekunden seinen Verletzungen erlegen. Gegenwärtig ist die Ruhe im Gefängnis wiederhergestellt.

Die Gewinner der Sturmvogel-Lombola.

Auf vielfache Anfragen aus unserem Leserkreis teilen wir mit, daß die Hauptgewinne der Sturmvogel-Lombola (BMW-Auto, Motor- und Fahrräder, Flugreifen durch Europa, Zeppelinfahrt usw.) am 21. August in unserem Blatt veröffentlicht werden. Die genaue Gewinnerliste wird einige Tage später durch den „Sturmvogel“ im Sonderdruck veröffentlicht. Eine beschränkte Anzahl der sehr hübschen Lospfortalen mit Luftbildern von Groß-Berlin sind noch zum Preise von 30 Pf. im „Sturmvogel“-Bureau, Flughafen Tempelhof, käuflich zu haben.

Zum zehnten Male „Nadel und Schere“.

Wie alljährlich, so findet auch in diesem Jahre vom 31. August bis 3. September die Ausstellung „Nadel und Schere“ im Saalbau Friedrichshain, Am Friedrichshain 16-23, in der Nähe des Königstores, statt. Bei der diesmaligen Ausstellung ist eine Lehrbeitsarbeitsausstellung der Damen- und Herrenschneiderei sowie der Kürschner angegliedert zu der die Handwerkskammer und auch die Stadt Berlin mehrere Preise gestiftet haben. An jedem Ausstellungstag um 4 und um 7 Uhr gibt es Modovorführungen ohne jede Nachzahlung. Auskunft erteilt die Schneiderinnung zu Berlin SW 19, Grünstraße 3; Fernruf: E 1 Berolina 1494.

Sport.

Renner zu Hoppegarten am Freitag, dem 16. August.

1. Rennen. 1. Gutenberg (Grabow), 2. Awo, 3. Herzblut. Toto: 67:10. Platz: 29, 24:10. Ferner liefen: Tränder, Heibelerde Silberfalan.
2. Rennen. 1. Udebar (Rohr), 2. Alpenkrieger, 3. Brutus. Toto: 22:10. Platz: 14, 22:10. Ferner liefen: Malador, Katuschka, Gulbrand.
3. Rennen. 1. Caprioli (Blume), 2. Nelson, 3. Riberum. Toto: 108:10. Platz: 23, 19, 15:10. Ferner liefen: Udebar, Galanopa, Larnhelm, Julia, Heolrit.
4. Rennen. 1. Dia (W. Schmidt), 2. Cocktail, 3. Postmeister. Toto: 61:10. Platz: 20, 20, 24:10. Ferner liefen: Favorit, Rosenquarz, Fafir, Lyfalte, Islam.
5. Rennen. 1. Grenadier (Dahnes), 2. Feldjäger, 3. Kglator. Toto: 24:10. Platz: 14, 18:10. Ferner lief: Effenbägel.
6. Rennen. 1. Wintermärchen (Rarr), 2. Galsam, 3. Hauptmanns Schwester. Toto: 196:10. Platz: 44, 18, 21:10. Ferner liefen: Garibaldi, Sobelt, San Domenico, Kriegsspiel, Ullg, Rämmerer, Kolbusche, Kledice.
7. Rennen. 1. Fellicho (G. Janes), 2. Männertren, 3. Otis. Toto: 25:10. Platz: 21, 38:10. Ferner liefen: Lorbeerkranz, Gebelaune, Lorraine.

Die Eifersucht der Frau Böswetter.

Das Salzsäureattentat auf den Schupo.

Die Eifersuchtstat der Frau Böswetter, die am 10. Juni ihre Rivale Frau H. und vor allem einen Wachmeister mit Salzsäure schwer verletzte, hat heute ihr Nachspiel vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte.

Angeklagt ist die 30jährige Hedwig Böswetter wegen veruchter und vollendeter gefährlicher Körperverletzung. Die Frau, die seit einiger Zeit geschieden ist, war mit dem im selben Hause wohnenden H. befreundet. Seiner Frau erzählte H., daß Frau Böswetter ihm ständig nachlaufe und ihn nicht in Ruhe lasse. Anfang Juni schickte die Angeklagte ihrem Freunde sein Bild mit einem Briefe zurück, in dem sie schrieb, daß sie mit ihm nichts mehr zu tun haben wolle. Dies erzählte H. sofort seiner Frau. Trotzdem mußte diese einige Tage später sehen, wie ihr Mann mit seiner Freundin auf der Straße zusammenstand. Sie ging auf beide mit der Bemerkung zu: „Ich denke, ihr kommt nicht mehr zusammen“. Da Frau Böswetter sie nur höhnisch angrinste, schlug die eifersüchtige Frau sie ins Gesicht. Schon damals mußte Frau Böswetter Salzsäure bei sich getragen haben, denn Frau H.s Kleidung war nach dieser Begegnung von einer Säure verdorben. Am nächsten Tage trafen sich die beiden Frauen wieder auf der Straße. Frau H. flüchtete in einen Keller, da sie sah, daß Frau Böswetter einen Gegenstand nach ihr warf. Postamtler, die diesen Vorfall beobachtet hatten, holten einen Schutzpolizisten, der mit Frau H. zusammen die Angeklagte verfolgte. Diese ging die Treppe zu ihrem Hause hinauf, und als sie sah, daß ihr der Beamte und ihre Freundin folgten, drehte sie sich um und goß dem Wachmeister Salzsäure ins Gesicht. Auch Frau H. wurde noch verletzt. Der Wachmeister trug schwere Schädigungen am Auge davon und mußte sich zur Rettungstelle begeben.

Wie? Nur 4950.??
Jawohl, nur 4950.-! Mit hydraulischen Bremsen u. Zentralschmierung.
Die große Spezial-Innensteuer-Limousine kostet 5250.- Mark.
Ja, aber das ist doch nach Leistung und Ausstattung ein Luxuswagen!
Stimm! Sie werden auch nur Gutes hören über den
ADLER FAVORIT



Wirtschaft und Arbeit Ende Juli.

Von Wl. Woytinsky.

Die vom ADGB veröffentlichten Angaben über den Stand der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Verbänden hat das Urteil bestätigt, das an dieser Stelle bereits auf Grund der Statistik der Arbeitslosenversicherung ausgesprochen wurde. Der Monat Juli hat keine erhebliche Veränderung der Lage des Arbeitsmarktes gebracht. Ende Juli ebenso wie Ende Juni betrug die Arbeitslosigkeit unter den Gewerkschaftsmitgliedern 8,6 Proz. Dieser Stillstand war jedoch das Ergebnis von zwei entgegengesetzten — allerdings nicht besonders heftigen — Bewegungen: die Arbeitslosigkeit in den Saisonberufen ging etwas zurück, während in den übrigen Berufen eine geringe Steigerung der Zahl der Arbeitslosen sowie der Kurzarbeiter zu erkennen ist.

Noch Besserung in den Saisonindustrien.

In der Saisongruppe ist die Arbeitslosigkeit unter den Gewerkschaftsmitgliedern von 9,2 Proz. auf 8,9 Proz. zurückgegangen. Damit blieb sie Ende Juli noch fast anderthalbmal so hoch wie zu demselben Zeitpunkt im Vorjahre (6,0 Proz.). Die Entwicklung der Beschäftigung in den Saisonberufen war im vergangenen Monat durchaus nicht einseitig: bei den Bauarbeitern ist die Arbeitslosigkeit gesunken, in der Grobkeramik blieb sie unverändert, bei den Steinarbeitern sowie bei den Gärtnern ist dagegen eine Verschlechterung der Lage eingetreten. Es waren nämlich arbeitslos:

	Ende Mai	Ende Juni	Ende Juli
im Baugewerksbund	11,5	9,7	8,9
bei den Zimmerern	16,2	11,3	10,8
„ „ Malern	8,6	11,0	10,6
„ „ Dachdeckern	16,4	10,9	9,8
„ „ Steinarbeitern	6,3	5,0	7,9
in der Grobkeramik	7,2	5,6	5,5
bei den Gärtnern	5,2	11,4	15,3

Mit einem weiteren erheblichen Rückgang der Arbeitslosigkeit in der Saisongruppe ist in den nächsten Monaten kaum zu rechnen: die Beschäftigung in den Außenberufen wird Ende Juli etwa den Höhepunkt erreicht oder sich diesem genähert haben. Es ist jedoch zu erkennen, daß der erreichte Stand nicht befriedigend war und den Erwartungen, die man am Anfang des Sommers hatte, nicht in vollem Maße entspricht. Die Kapitalknappheit, die ihrerseits auf das engste mit der ungeklärten politischen Lage verbunden war, ließ die erwartete Ausdehnung der Bautätigkeit nicht zu.

Leichter Rückgang bei Konjunkturindustrien.

Was die Konjunkturgruppe der Berufe und Verbände betrifft, so ist hier, wie gesagt, eine Verschlechterung eingetreten: von 8,4 Proz. stieg die Arbeitslosigkeit auf 8,6 Proz., wobei zugleich auch die Kurzarbeit von 7,6 Proz. auf 8,0 Proz. zunahm.

	Es waren arbeitslos	Es standen in Kurzarbeit
Ende April	8,2 Proz.	8,9 Proz.
„ Mai	8,6	7,6
„ Juni	8,4	7,6
„ Juli	8,6	8,0

Die Bewegung der Beschäftigung in den einzelnen Ber-

bänden der Konjunkturgruppe war ebenso wie in der Saisongruppe uneinheitlich. Zum Teil entsprach dies den widerspruchsvollen Tendenzen, die in den einzelnen Wirtschaftsbereichen vorherrschen, zum Teil aber lassen sich die Abweichungen als zufällige Schwankungen erklären. Unverändert oder so gut wie unverändert (mit der Abweichung von nicht mehr als 0,1 Proz. nach der einen oder anderen Seite) bleibt die Lage bei den Maschinisten und Heizern (4,1 Proz. arbeitslos), Schuhmachern (19,7 Proz. bzw. 19,6 Proz.), in der Papierherstellung (5,4 bzw. 5,3 Proz.), bei den graphischen Hilfsarbeitern (7,8 Proz.), Gemeinde- und Staatsarbeitern (1,8 Proz.). Eine — allerdings nur geringe — Verschlechterung läßt sich feststellen im Bergbau, in der Metallindustrie, im Viehfleischgewerbe und im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe.

	Es waren arbeitslos		Es standen in Kurzarbeit	
	Ende Juni	Ende Juli	Ende Juni	Ende Juli
Bergarbeiter	1,3	1,7	1,9	1,4
Metallarbeiter	7,4	7,7	7,8	8,5
Buchdrucker	8,0	9,9	0,3	0,3
Lithographen	8,7	9,2	2,0	1,6
Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter	6,7	7,4	3,7	4,8
Juder- u. Konfervenherstellung	9,1	9,9	1,4	1,7
Tabakarbeiter	13,6	15,2	13,2	15,7

Dabei aber wurden nicht alle benachbarten Berufe in Mitleidenschaft gezogen: so ging zum Beispiel die Arbeitslosigkeit bei den Kupferschmiedern (von 9,7 auf 9,2 Proz.) und bei den Buchbindern (von 12,5 auf 12,2) zurück.

Eine — wiederum nur unbedeutliche — Verbesserung trat bei den Textilarbeitern (Wolle und Baumwolle), Lederarbeitern und Holzarbeitern ein. Bei den Textilarbeitern sank die Arbeitslosigkeit von 10,5 auf 10,2 Proz., bei den Lederarbeitern von 15,0 auf 13,9 Proz., bei den Holzarbeitern von 15,3 auf 14,9 Proz. Zugleich aber stieg die Zahl der Kurzarbeiter unter den Textilarbeitern von 23,9 auf 25,6 Proz. und unter den Holzarbeitern von 6,7 auf 7,6 Proz.

Wenn man die Lage in der Saison- und Konjunkturgruppe zusammen betrachtet, bemerkt man, daß die Arbeitslosigkeit in den beiden Gruppen sich Ende Juli fast genau auf derselben Höhe befand.

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Konjunkturgruppe	10,3	11,4	10,6	9,2	8,6	8,4	8,6
Saisongruppe	58,4	68,1	43,3	19,2	11,0	9,2	8,9
Alle Berufe	19,4	22,3	16,8	11,1	9,1	8,6	8,6

Dies zeigt, daß die hemmende Wirkung der saisonmäßigen Faktoren gegenwärtig nicht mehr ins Gewicht fällt, und der Arbeitsmarkt im wesentlichen von den konjunkturellen Kräften beherrscht wird. Diese Kräfte allein werden die Entwicklung der Wirtschaft in den nächsten Monaten bestimmen, etwa bis Oktober, wo man mit dem Einsetzen der üblichen Winterverschlechterung zu rechnen hat.

Von großer Bedeutung für die weitere Entwicklung der Konjunktur wird der Ausgang der haager Verhandlungen sowie die Klärung der inneren politischen Lage sein.

Bahn- und Postgemeinschaft.

Ein Kraftverkehrsabkommen abgeschlossen.

Die Deutsche Reichsbahn hat jetzt mit der Reichspost noch langwierigen Verhandlungen einen Vertrag über den Gemeinschaftsbetrieb von Kraftwagenlinien unterzeichnet. Noch im vergangenen Herbst schien es, als ob diese beiden größten öffentlichen Unternehmungen Deutschlands ihren scharfen Konkurrenzkampf im Kraftverkehr noch verschärft werden würden, da die Reichsbahn mit dem Plan umging, sich neue eigene Kraftwagenlinien einzurichten. Der jetzt abgeschlossene Vertrag der Reichsbahn mit dem bedeutendsten Omnibusunternehmen in Deutschland, der Reichspost, ist als ein bedeutender Fortschritt im öffentlichen Verkehr zu begrüßen, da durch die Zusammenlegung der Organisation und die Zusammenarbeit der Verkehrsverwaltungen ein weitläufiger rationellerer Betrieb als bisher ermöglicht wird.

Die umfangreichen Abmachungen beschränken sich fast ausschließlich auf die nach dem 1. April 1929 eingerichteten und künftig neu zu betreibenden Linien.

Vor allem betrifft der Vertrag der Reichsbahn mit der Reichspost den Personenverkehr und in zweiter Linie erst die Güterbeförderung. Das Schwergewicht des öffentlichen Omnibusverkehrs wird bei der Post verbleiben. Sie stellt alle Fahrzeuge, Personal, Tankstellen, sowie die gesamte Verwaltung. Für die am 1. April dieses Jahres eingerichteten und künftig neu einzurichtenden Verkehrslinien wird der Betrieb auf gemeinsame Rechnung durchgeführt in der Art, daß die Post mit 65 Proz. und die Reichsbahn mit 35 Proz. am Gewinn und Verlust der Kraftverkehrsunternehmen teilnehmen. Nur bei den Strecken, die als Wettbewerbslinien zur Schiene zu gelten haben, ist dieses Beteiligungsverhältnis am Gewinn und Verlust umgekehrt, nämlich 65 Proz. für die Reichsbahn und 35 Proz. für die Post. Das Abkommen gilt zunächst bis 1934 und wird jeweils um fünf Jahre verlängert, falls es nicht ein Jahr vor Ablauf des Vertrages gekündigt wird.

Der Vertrag sieht ferner vor, daß die Post und die Bahn gegenseitig die Benutzung ihrer Anlagen, Werkstätten und Warterräume gestatten. Die Reichsbahn weist der Post auf den Bahnhofsanlagen bevorzugte Stellen als Halteplätze an, gestattet den Autofahrern die Benutzung der Warterräume außerhalb der Sperren und stellt Fahrkartenausgaben und Gepäckbeförderung für den Omnibusverkehr zur Verfügung. Beide Partner unterstützen sich gegenseitig mit Personal und Betriebsmitteln zum Ausgleich der Spitzenleistung im Verkehr.

Dem Zuständigkeitsbereich der Reichsbahn im Personenverkehr steht der Bereich der Post im Güterverkehr gegenüber. Künftig soll der gesamte Gütertransport und Ueberlandverkehr grundsätzlich der Reichsbahn vorbehalten bleiben. Die Post behält dagegen das Recht, ihren Paketverkehr durch besondere Kraftlinien auszuführen und einzelne Stückgüter mit den Omnibussen zu befördern. Auch hier nimmt die Reichsbahn an den Einnahmen nach dem gleichen Schlüssel teil wie im Personenverkehr, nämlich 35 zu 65 Proz. bzw. umgekehrt. Dagegen behält die Post auf den vor dem 1. April 1929 eingerichteten Omnibuslinien den Stückgütertransport auf eigene Rechnung bei, wobei sie sich jedoch verpflichtet hat, diesen Verkehr nicht weiter auszubauen. Um-

gekehrt verpflichtet sich die Reichsbahn, die von ihr vor dem Stichtag des 1. April betriebenen Personenkraftlinien zu gegebener Zeit auf die Reichspost zu übertragen.

Ferner regelt das Abkommen die Einzelheiten der Berechnungsmethoden, die Aufstellung durchgehender Tarife für Eisenbahn und Omnibus, die Rechtsverhältnisse gegenüber der Reichsbahn, insbesondere die Haftpflicht, sowie die Schiedsgerichtsbarkeit in strittigen Fragen. Dem Wettbewerb dritter Unternehmer gegenüber sichern die beiden Vertragspartner künftig nachdrückliche gegenseitige Unterstützung zu.

Die Stellung der Post war gegenüber der Reichsbahn bei diesen Verhandlungen sehr stark. Einmal verfügt die Deutsche Reichspost über das größte Kraftliniennetz in Deutschland und ist in der Kraftlinienverordnung von der Konzessionspflicht befreit gewesen, während die Reichsbahn der Konzessionspflicht unterlag. Jetzt ist die Reichsbahn durch den Vertrag mittelbar in den Genuss der Konzessionsfreiheit gekommen, während sie ohne dieses Abkommen gezwungen gewesen wäre, zum Ausbau ihres Kraftverkehrsnetzes in weitem Umfang als bisher kostspielige Zubringerdienste zu organisieren.

Im Interesse des öffentlichen Verkehrs ist dieses Abkommen zwischen der Reichsbahn und der Reichspost sehr zu begrüßen. Abgesehen davon, daß durch dieses Abkommen der in bedenklicher Nähe gerückte Konkurrenzkampf dieser beiden großen öffentlichen Unternehmen verhindert wird, wird die in dem Abkommen festgelegte gemeinsame Benutzung der Anlagen und die gegenseitige personelle und materielle Hilfe bei Spitzenleistungen die Wirtschaftlichkeit im öffentlichen Kraftverkehr bedeutend steigern. Mit diesem Vertrag sind endlich die unerwünschten Gegensätze zwischen Reichsbahn und Reichspost, die sich besonders im letzten Jahr verschärft hatten, beseitigt worden.

Kritik der Textilindustrie.

Das Jahrbuch des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes.

Der Deutsche Textilarbeiter-Verband hat sein Jahrbuch 1928 herausgegeben, in dem eine Fülle statistischer und wirtschaftspolitischer Materials verarbeitet ist. Besonders zu begrüßen ist, daß sich der Verband auch mit eingehenden Untersuchungen über die Textilkonjunktur und die Rentabilität der Textilunternehmen befaßt hat, deren Ergebnisse die Lage der Textilindustrie im letzten Jahr in erheblich besserem Lichte erscheinen läßt, als die Unternehmer es wahr haben wollten.

Nimmt man den Produktionsumfang und nicht den Arbeitsmarkt als Gradmesser für das Textiltjahr 1928 an, so ergibt sich bei einem Gesamtwert der Produktion von 8,56 gegen 9,38 Milliarden im Jahre 1927 wohl ein Rückgang von fast 7 Proz., jedoch schneidet der Produktionswert von 1928 gegenüber der noch sehr guten Konjunktur von 1925 mit einem Produktionswert von 8,83 Milliarden durchaus nicht schlecht ab. Daß an dem Abwärtsgang die kurzfristige Preispolitik

der Unternehmer wie des Handels ein gut Teil Schuld trug, geht daraus hervor, daß die Großhandelsindexziffer für Textilfertigerwaren von 167,6 im Jahre 1927 auf 181,7 (1913 = 100) gestiegen ist.

Die Untersuchung über die Rentabilität der Textilindustrie im letzten Jahr beweist, daß trotz des Abwärtsganges von fehlender Rentabilität noch nicht die Rede sein kann. Von der Untersuchung sind 61 Aktiengesellschaften mit einem Gesamtkapital von rund 173 Millionen Mark erfaßt. Der ausgewiesene Reingewinn dieser sämtlichen Unternehmen sank 1928 gegen 1927 von 23,5 auf 21,6 Millionen oder von 13,6 Proz. des Aktienkapitals auf 12,5 Proz. Demgegenüber aber sind die Abschreibungen auf die Anlagen von 13,7 auf 14,4 Millionen oder von 8 auf 8,3 Proz. des Aktienkapitals gestiegen. Ausgewiesener Reingewinn und Abschreibungen zusammen sind von 21,6 auf 20,8 Proz. des Aktienkapitals im letzten Jahr, also nur um $\frac{1}{100}$ zurückgegangen. Unter Berücksichtigung der Hochkonjunktur im Jahre 1927 ist also die Rentabilität der Textilunternehmen im letzten Jahr im Durchschnitt noch durchaus günstig.

Im einzelnen hat die Baumwollindustrie im letzten Jahr den stärksten Rückgang mit einer Senkung des Reingewinns um etwa ein Drittel gegenüber 1927 erfahren. Dagegen ist der Reingewinn in der Juteindustrie von 10 auf 11,9 Proz. und in der Veredelungsindustrie sogar von 11,2 auf 13,5 Proz. gestiegen, obwohl die Abschreibungsquote in dieser Branche ganz erheblich von 9,9 auf 13,5 des Aktienkapitals heraufgesetzt wurden. Auch die Gardinenwebereien, Stickerie- und Spitzenindustrie hat bei erhöhten Abschreibungen ihren durchschnittlichen Gewinn von 8,6 auf 11,7 Proz. steigern können.

Der Textilarbeiter-Verband weist darauf hin, daß er sich mit diesen 61 Unternehmen bei der Bearbeitung des Jahrbuches begnügen mußte, da zu dieser Zeit ein großer Teil von Textilabschlüssen noch ausstand. Er wird sich jedoch in einer bald erscheinenden Broschüre mit einer noch umfangreicheren Untersuchung der Rentabilität im Textilgewerbe befassen.

Warum hohe Schweinepreise?

Die Schweineflachtungen sind sehr stark zurückgegangen.

Das Preussische Statistische Landesamt veröffentlicht eine Uebersicht über die Viehflachtungen innerhalb Preußens im zweiten Vierteljahr und im ersten Halbjahr 1929. Rinder wurden im zweiten Vierteljahr 1929 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres 73 000 oder 6,8 Proz. mehr geschlachtet. Schweine wurden dagegen 344 000 oder 12,3 Proz. gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres weniger geschlachtet. In den ersten sechs Monaten 1929 betragen die Viehflachtungen von Rindern 217 000 oder 12,3 Proz. gegenüber dem ersten Halbjahr 1928, die Rinderflachtungen von Schweinen 860 000 oder 11,6 Proz.

Danach ist die heimische Erzeugung von Rindern erheblich gestiegen, die Aufzucht von Schweinen noch stärker zurückgegangen. Die Entwicklung der Preise, die bei den Schweinen besonders stark aufwärts zeigt, erklärt sich daraus zwanglos. Die Bewegung der Schweinepreise selbst mit ihrem relativ schnellen und starken Auf und Ab ist, wie wir schon oft gesagt haben, eine Folge der sehr stark schwankenden Aufzucht von Schweinen. In den Monaten von April bis Juni haben sich die Schweinepreise gegenüber dem Vorjahr um nicht weniger als 27 Proz. erhöht. Demgegenüber haben die Auftriebszahlen nur um 17 Proz. abgenommen. Die Schweinepreise haben seit Ende 1926 gegenwärtig den höchsten Stand erreicht. Zweifellos sind die hohen Schweinepreise auch ein Ausdruck der Unterversorgung Deutschlands. Wie man unter solchen Umständen wichtige Handelsverträge wegen an sich kleinen, aber für die Preisbildung bedeutsamen Zufuhren sabotieren kann, ist nicht zu verkennen.

Die Berliner Fordbetriebe.

23 Millionen Umsatz.

Seit vier Jahren besitzt der Ford-Automobilkonzern einen Montagebetrieb in Berlin, über dessen Entwicklung in dem soeben veröffentlichten Börsenprospekt jetzt nähere Einzelheiten bekannt werden. Die Leistungsfähigkeit der Berliner Betriebe beläuft sich jährlich auf den Zusammenbau von 17 500 Wagen- und Lastwagen-Chassis, sowie auf etwa 4000 landwirtschaftliche und industrielle Fordson-Traktoren. Dem Betriebe dienen ein großes und vier kleinere laufende Bänder, sowie 112 Arbeitsmaschinen. Beschäftigt werden zur Zeit 351 Arbeiter und 66 Angestellte.

Die Umsätze, die 1925, im ersten Jahr der Betriebsaufnahme, erst knapp eine halbe Million betragen, beliefen sich 1926 bereits auf 17,0 Mill. Mark, stiegen 1927 auf 23,8 Mill. Mark und stellten sich 1928 auf knapp 23,0 Mill. Mark. Die seit 1925 ausgeführten Jahresabschlüsse haben über die Rentabilität des Unternehmens keinen Aufschluß, da nicht zu erkennen ist, in welchem Umfang die Gesellschaft mit eigenem Kapital und mit dem Kapital des großen Henri aus Detroit arbeitet.

„Wie J. G. Farben (part.)“ Unter diesem Titel brachten wir im August v. J. Ausführungen über das Essigsäureyndikat, an dem die J. G. Farbenindustrie A. G., Frankfurt, maßgebend beteiligt ist. Es handelte sich damals um die Frage, ob aus Ersparnisgründen hochprozentige Essigsäure nicht richtig defloriert wurde und ob deshalb die Gefährdung von Seetransporten eingetreten sei. Damals wurde uns vom Essigsäureyndikat und von J. G. Farben mitgeteilt, daß die Klärung der Dinge in einem Strafverfahren erfolgen werde, das gegen die Urheber der Mittelungen bei der Staatsanwaltschaft anhängig gemacht sei. Wir erfahren nun, daß dieses Strafverfahren, das auf Urkundensäufung, Vorspiegelung falscher Tatsachen, Aneignung fremden Eigentums und Geschäftsschädigung lautete, wegen Mangels an Beweisen eingestellt werden mußte. Auf der anderen Seite ist auch ein Verfahren eingestellt worden, das gegen das Essigsäureyndikat aus dem gleichen Zusammenhang anhängig gemacht worden war.

Steigende Arbeitslosigkeit in England. Zu den wichtigsten und auch schwierigsten Aufgaben der neuen Labour-Regierung gehört die Bekämpfung der seit fast neun Jahren anhaltenden Arbeitskrise. Wie ernst dieses Problem für die arbeitenden Massen in England ist, geht daraus hervor, daß die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in der ersten Augustwoche wieder um 31 500 Personen gestiegen ist. Ein Vergleich zwischen der Entwicklung des Arbeitsmarktes in Deutschland und England seit dem Ende der Kälteperiode zeigt, wie gering die Entlohnung des englischen Arbeitsmarktes trotz der Saisoninflüsse im Frühjahr und Sommer gewesen ist. So sank die Zahl der Hauptunterstützten in Deutschland bis Anfang August von 2,46 auf 0,72 Millionen Personen, also um rund 70 Proz., dagegen in England nur von 1,5 auf 1,15 Millionen Hauptunterstützte, also nur um 23 Proz. Dabei ist zu beachten, daß bei den geringeren Einkommen des Engländers die Zahl der Unterstützten von 1,15 Millionen Personen mehr als 1,7 Millionen Hauptunterstützungsempfängern in Deutschland entspricht. Diese Zahlen bezeugen deutlich die schleichende Wirtschaftskrise in England.

Johannes Schönherr: Im Westen doch Neues

Reims war eine tote Stadt; sie zerbröckelte vor unseren Augen in der jahrelangen Beschießung aus unseren Gräben, die sich über die letzten Dörfer Lore und Witry hinaus bis an die Ostseite der Stadt herangestreckt hatten. Das gigantische Zwillingssymbol der Kathedrale allein stand unbezungen, vielleicht mit Bewußtsein von den Deutschen gespart, über dem Trümmerhaufen einer alten, großen Stadt, in deren Kellern und Gewölben die Material- und Menschenreserven des französischen Heeres im Champagneabschnitt bombensicher lagen. Am Ende des Krieges zählte man noch sechs oder acht Häuser, die unterhalb der Eisenwirbel der Kanonen überstanden hatten und die — Kathedrale.

Geht man durch das neuverbaute Reims von 1929, durch die Gassen und Straßen, wo noch einzelne Mauerreste und grün umwachsene Schutthäuser inmitten der vielen geschmacklosen Neubauten von Wohnhäusern, Bänken, Restaurants und Hotels die Erinnerung an die Zeit der Vernichtung wachrufen und hummelt man vom Bahnhof her über einen öden, weiten Platz, der ungepflastert wie ein festgewalztes Ackerfeld vor dem Eingang des Boulevard de la République liegt, so kann es geschehen, daß man urplötzlich vor der Kathedrale steht, die in ihrer jubelnden und zugleich melancholischen Architektur, in ihrer unheimlich gealterten, bröckelnden Schönheit, trotz ihrer Granatenschnitten auf der Rückseite, wie eine unverletzte Fata morgana des Mittelalters mitten in der Welt des Neuen sich behauptet. Die lächerlich kleine, bronzene Reiterstatue der heiligen Johanna war, wie auch der Platz in meinem Umkreis, mit Girlanden und bunten Bändern geschmückt, ebenso die Hauptstraßen der Stadt, die von Fremden aus der Provinz wimmelten. Und am Abend erstirkte Haus an Haus in stummer Dämlichkeit; Kerzen, Lampen und Fahnen schaukelten und wehten über singendem, auf den Straßen öffentlich tanzendem und musizierendem Volk, Rednertribünen waren an allen Kreuzungspunkten errichtet, Podien für Musikpfeifen und ein Festzug mit Kindern, jungen Burtschen, Mädchen und Pöffen in altertümlichen Gewändern mühte sich trompetenschneller durch das festliche Gemoge, auf Baumstämmen und Palmenpfeifen hochten neugierige Kinder und Spezialisten wie Brüllaffen. In der Mitte des Festzuges, von Fanfaren blasenden Kesseln flankiert, vor Kriegswolk, Mischstutten und Priestern im Sattel, ritt auf einem prächtigen Schimmel die Heilige, ein pagenstarkes Bürgermädchen aus Reims, ihrem Urbild so ähnlich; aber so gangbar aller frommen Würde, lächelte irdisch und warf Kuchleinchen in das „Hommage à Jeanne d'Arc“ rufende, dichtgedrängte Volk. Dieses Treiben war von einer so herzgewinnenden Raschheit und durchaus weltlichen Frohlaune, daß mich das helle Erstaunen überfiel. Ich mußte ja, das war das religiöse Fest der 500-Jahrfeier der Jeanne d'Arc, der heiligen Johanna, und es hätte ebenogut, in vergrößertem Maßstab, der Kornealstrummel in einer deutschen Stadt sein können. Lange noch, spät nach Mitternacht, scholl der Sägen der Menschen und Kapellen durch das offene Fenster meines kleinen Hotelzimmers, bis endlich (im Einfließen hörte ich es noch) die letzten Lieber eines Mädchens in der schwülen Lullnacht verhauchten.

Am frühen Morgen war die Straße wieder leer und nüchtern, die geschmückten Häuser noch geschloffen und nur vor den Cafés hantelnden Kellner und Dienstmädchen, wechten höflich einige Schlafende, die in den Korbfesseln vor den Restaurants die Nacht befristet hatten. Ich war auf dem Weg zum Bahnhof, sah im Vorübergehen in einem Schaufenster Photos von den Schlachtfeldern, las bekannte Ortsnamen, betrachtete blankpostierte Wägenheber, Feldmesser und Lintersässer, alles aus Granatnüssen und Eisenplättchen hergestellt, verspürte aber kein Verlangen danach und lief weiter. Vor dem Bahnhof boten mir die Führer von drei Autos an, in einer Stunde eine Fahrt nach den Schlachtfeldern bei Berry au bac zu unternehmen. Die Stadt lebt ja von ihren Kriegserlebnissen, und nicht nur diese Stadt in Frankreich, in Verdun war es noch unangenehmer und aufdringlicher zu spüren. Es nützt nichts, darüber in stilles Enttäuschungsstöhnen auszubrechen, oder, empört über amerikanische, englische und französische Gentlemen und Ladies oder deutsche Kriegervereine zu sein, die zwischen Gräbern, Unterständen, Dorfrümmern und zerstörten Forts dieselben Reden führen und dieselben Gebärden und Gesten zur Schau tragen, wie sie es tun, wenn sie im Foyer eines Theaters nach dem letzten Akt eines Dramas auf ihre Garderobe warten. Diese Erscheinungen der Fremdenindustrie auf den Schlachtfeldern gehören eben zu den Folgen eines jeden Krieges und sind nicht einmal die schlimmsten.

Ich ziehe es aber doch vor, allein, zunächst mit einer Kleinbahn, in jene Gegend hinauszufahren, in der noch heute, nach einem Jahrzehnt Baum, Strauch, Weg, Dorf und Hügel in meiner Erinnerung unheimlich lebt. Vom Bogenfenster aus sah ich bald die ersten Spuren der ehemaligen Kampflinien. Weiße Erdstreifen ziehen sich durch die bebauten Felder, auf denen das Gold des Weizens von Bauern zusammengerafft wird, zugeschüttelte Gräben, Betonunterstände an dem Bahndamm tauchen auf, kleine wüste Marken mit verwachsenen Granatentrümmern, dazwischen wild durcheinander gewachsene Birken und Erlen und links und rechts freundliche Dörfer mit nagelneuen roten Dächern und weißen Häuserfassaden. Das Dorf Lore ist ein ganz anderes geworden, dahinter windet sich noch der Feldweg, wo Löns, der Heldendichter, fiel und sein unbekanntes Grab fand. Der bewaldete Brimont, schwer umfängter Hügel, mit starkem Fort, liegt verlassen und öde zur Rechten; aber der Wald nimmt immer mehr die kahlen, zertrümmerten Hänge unter seine grünen Fittiche. In Guignicourt an der Aisne verlässe ich den Bogen. In dem neuen Dorfe finde ich mich nicht mehr zurecht; obwohl ich über ein Jahr darin gelebt habe. Dort, wo wir viele Tote des Regiments begraben haben, wo einer von den vielen sauber und schön angelegten „Heldenfriedhöfe“ sich befand, steht heute ein Bauerngut. Durch Bluthige laufe ich auf baumlosem Wege zwischen wogenden Feldern nach dem Nachbardorf Amantaine — dasselbe Bild. Ich frage nach dem Friedhof der Soldaten, erhalte ein Achselzucken und finde endlich den Ort, ein wenig abseits des Dorfes, aber unter den hohen Pappelreihen ist kein Grab mehr zu finden. Brach liegt das Land, verwachsen und nur einzelne flache Böcher, längst übergrasst, lassen vermuten, daß die Toten irgendwo hier in einem Sammelfriedhof umgebettet wurden. Bei dem Suchen stoße ich auf bearbeitete Steine und Hölzer, Reste von Grabdenkmälern; aber die Schrift darauf ist verwischt und unleserlich. Tief in einem Gebüsch steht ein Denkstein noch aufrecht, eine unbeholfene Aufschrift verrät, daß darunter zwei deutsche Kriegsgefangene ruhen, begraben im Jahre 1919. Kriegsgefangene haben wahrscheinlich hier die Toten des Krieges ausgraben müssen, im ersten Jahre des Friedens. Hatte ich nicht selbst manchen von der Kampagne hier zwischen 1914 bis

1916 zur Ruhe gebracht. Jetzt weiß ich sogar wieder die Namen, jetzt sehe ich den psalmisierenden Divisionspfarrer mit dem C. S. I. an der Pappel links stehen, Blick nach oben, vor drei roten Sargkästen, jetzt — nein, weg, fort! Ich wendete mich ab, daß der Spat verfliegen soll.

Gegen Mittag erreiche ich die „Divisionshöhe“ und jene Waldparzelle, in der sich zwei Jahre lang unsere Baracken befanden, die wir nach den Schützengrabentagen bewohnten, bis eines Nachts Flieger ihre Bomben auf uns abwarfen. Da qualmte der Wald, da krochten die Bäume, stöhnten die Verwundeten, und aus war es mit der armen Herrlichkeit. Ich dringe in das dicke Untergehölz ein, stoße auf zusammengefallene Artilleriestellungen, gerate immer mehr in Gestrüpp und Drahtwärrnis und kann nicht weiter. Aufgeschauelte Bügel und ein Haie fliegen durch das Gebüsch. Unten im Tal erreiche ich Juvinicourt; eine Weilschleife und Holzstüben, aus Schützengrabmaterial notdürftig errichtet, stehen neben neuen Dorfhäusern, richtigen Spekulationsbauten. Schmutzige, dürftige Kinder schauen sich neugierig, fast furchtsam nach mir um. Auf Baugerüsten arbeiten halbnaakte polnische und italienische Arbeiter, und nur ein Gebäude, die Kirche, ist längst vollendet. Am Ausgang des Dorfes, das nur ein Viertel des früheren umfaßt, lastet ein buxet, eine elende Kantine mit einem Fah vor der Tür. Es verlockt mich, den Verstaubten und Verdurfteten, nach qualvollem Marsch im Sonnenbrand, zum Eintreten. Ich verrate dem Besitzer, daß ich ein ehemaliger Soldat aus Deutschland sei, bitte um ein Getränk und werde mit verneinendem Kopfschütteln abgewiesen. Er sah mich lange mit leerem, schweigendem Gesicht an, schüttelte nochmals den Kopf, ich verstand und ging. Nicht verbittert und beleidigt; denn in dem Gesicht dieses Menschen witterte ich noch das unerhörte Leid der Dorfbevölkerung von damals, der hungernden, von Granaten täglich erschlagenen und schließlich evakuierten Einwohner, denen vor dem Gemeindegemeindeamt bereits eine Steinsäule als Denkmal mit der Aufschrift „Aux Enfants de Juvinicourt, morts 1914/1918“ („den Kindern von Juvinicourt, gestorben 1914/1918“) errichtet worden war. Aber im letzten Haus bewirtete mich doch eine alte Frau und bat mich um Verzeihung für das Verhalten des Wirtes. Aus einer Lade trante sie das vergilbte Bild eines Grenadiers von meinem Regiment, der ihr am Tage ihres Auszugs aus dem zerstörten Dorf noch ein Brot geschenkt hatte. Von ihr erfuhr ich auch, daß der Krieg noch heute ein Geschäft für viele ist. „Als wir zurückkamen, lebten wir von dem, was an Wäffeln und Schrott auf den Feldern lag. Wir sammelten zuerst das Messing, dann das Kupfer und zuletzt noch das Eisen der Granaten. Selbst in die Erde gruben wir hinein, als wir auf der Oberfläche nichts mehr fanden. Sackweise und in kleinen Haufen verkauften wir den Schrott an Händler aus den Städten. Wenig gaben sie uns dafür, und die Arbeit war so schwer und gefährlich. Zwei Männer und drei Kinder sind einmal beim Ab schlagen der Kupferlinge von Blindgängern, die explodierten, in Stücke gerissen worden. Aber das ist schon ein paar Jahre her. Und unsere neuen Häuser — ja, die Deutschen bezahlten alles — aber die Herren in Paris und Reims

Das Ende des wilden Pferdes

Als vor drei Jahrhunderten durstige spanische Eroberer nach der fogenhaften Goldstadt suchten, nannten sie den trostlosen Weg von hundert Meilen von El Paso nördlich zu dem heutigen Hillsboro den „Tornado del Muerto“ — die Todesfahrt.

Heute ist diese kahle Stredde eine wahre Todesfahrt für die Laufende wilder Pferde, die seit Jahrzehnten auf den verhältnismäßig fruchtbaren Weiden des südlichen Neu-Mexiko umherstreifen. Die „Rancheros“ (Biehfarmen) treiben nun die Pferde in großen, hoffnungslosen Herden gen Süden. Kein einziges kehrt zurück. Wenn die Tiere nicht auf dem Marsche eingehen, lassen sie ihr Leben in einem Schlachthaus in der Nähe El Pasos.

Seit jener Nacht im 16. Jahrhundert, als die ersten Kasse aus dem Lager ihrer spanischen Reiter im Südwesten entkiffen, gab es in den Gebirgen Neu-Mexikos wilde Pferde.

Sie wurden vom Menschen wenig belästigt und vermehrten sich in späteren Jahren durch Tiere, die von den Weiden oder von Raualerierposten entkiffen. So bildeten sie große Herden allen möglichen Schlages. Ihre Zahl wurde nie genau geschätzt. In dem Bemühen, eine Krankheit auszurotten, wurden im Jahre 1925 von der Regierung in einer einzigen Reservation der Navajo-Indianer 15 000 wilde Pferde unterjocht und mit einem Brandzeichen versehen. Man nahm jedoch an, daß viele Tiere der Umgegend der Musterung entgingen.

Dem wilden Pferde wurde im letzten Jahre das Todesurteil gesprochen, als der Preis für Rindfleisch zu dem höchsten Punkte seit dem Kriege emporstiege. So lange nur geringer Anreiz bestand, Riesenherden von Ochsen aufzuziehen, kümmerliche sich der Viehfarmer wenig um das wilde Pferd, das auf der Weide grasete. Die hohen Rindfleischpreise aber änderten alles das. Jeder Grassalm, den ein Pferd von der Weide stahl, war ein Attentat auf das Bankkonto des Farmers. Einige Fachleute behaupten, ein Pferd fresse doppelt soviel Gras wie ein Stier.

Der Viehfarmer kam zu dem Entschluß, das etwas getan werden müsse. Man sprach von einem großen Kesseltreiben und Verschickung der Pferde auf die Farmen des Mittelwestens. Die Schwierigkeit lag dabei darin, daß auf den Farmen des Mittelwestens Traktor und Auto das Pferd in großem Maßstabe ersetzten, und die Frucht zu hoch war. Da erinnerte sich jemand, daß eine Düngemittelfabrik vor den Toren El Pasos der Stadt fünf Dollar für Pferdefadaver zahlte, die im Stadtgebiete zu Tode kamen. Sollte die Fabrik keine wilden Pferde gebrauchen können? Allerdings, doch wollte sie nur drei Dollar das Stück bezahlen, da ihr Ernährungszustand schlecht und schwer mit ihnen umzugehen war.

So begann für die wilden Pferde die Todesreise. Es blieb den Viehfarmern keine Wahl. Der Preis wurde die Frucht nicht beden. So mußten denn die Pferde über Land getrieben werden. Die erste Herde von etwa achthundert halbverhungerten und mit leichter Mühe eingefangener Pferde wurde anfangs Juni nach Süden getrieben.

Es gab nur kärgliche Nahrung. Selbst Wasser war rar, und Rindkadentrampf tam in der Herde zum Ausbruch. Im Organpaf allein verendeten 75, und Dutzende kamen später um.

Beim Beginn des Marsches durch die Einöde waren einige Pferde wild, doch keins am Ende. Die unterwegs dem Tode ent-

steden das meiste Leid ein. Was übrig bleibt, wird zum Bauen verwendet. Schauen Sie sich nur unsere Häuser an, wie die gebaut werden! — Und ich schaute mich um und wußte: es ist immer das gleiche, nur die Namen haben sich geändert, einstmal nannten sich die Ausgelei „Kriegsgewinnler“, jetzt war es die Junft der „Reparationsgewinnler“.

Hinter dem Dorfe wogten die Felder, friedevolles Gelände, durch das einst unsere Laufgräben nach der vorderen Front liefen. Auf der schmalen Feldstraße wurden fast jede Nacht Feldkäden und Proben zusammengehoffen, Fliegerpfeile und Bomben lasten zu Hunderten auf uns anmarschierende Truppen. Und heute? Seltsames Gefühl! —

In La ville aux bois will mir der Birt, dem ich mich vorsichtshalber als Schwede auswies, „les travaux des boches“ zeigen, die „Unterstände der Deutschen“. Ich dankte ihm, ich würde schon alles selbst finden. Warum? Ich konnte es ihm trotz seiner Verwunderung nicht verraten; denn in seinen Reden gebrauchte er immer nur das Schimpfwort „boche“. Sollte ich ihm sagen, daß ich auch einer sei? Nein, einer Flasche Mineralwasser wegen tat ich es lieber nicht. Aber schreiben würde ich ihm ganz bestimmt, so versprach ich, allerdings nicht aus Stockholm, dessen unbekannt Schönheit ich ihm so farbig geschildert hatte, sondern aus Deutschland, das ich durchreisen mußte. Ich hab ihm inzwischen die Wahrheit geschrieben, er hat geantwortet: — „verzeihen Sie also, verehrter Herr, zwei Stunden haben wir uns so angenehm und menschlich unterhalten. Jetzt weiß ich es, die Deutschen sind nicht andere Menschen als wir. Und Sie haben recht mit Ihren Worten, die Sie hier zu mir sagten: „La guerre — ce ne sont pas les habitants, mais les régnes des nations“ („der Krieg — das sind nicht die Bewohner, sondern die Regierungen der Nationen“). —

Nach dieser Begegnung mit Monsieur Renard sah ich während eines unerhörten Gewitters in einem meiner früheren Betonunterstände an der Reimscher Staatsstraße, trotz durch die Wüsten der Höhe 108, wo 25 000 Menschen im Verlaufe des Krieges starben und jetzt den täglichen Fremdentrupps zur Wohnung eine Tafel wie auf dem Hartmannswillerkopf mit der bezeichnenden Aufschrift „Ici on ne danse pas!“ („Hier tanzt man nicht!“) errichtet werden mußte. Und dann verank ich auf Le cholera in einem Abgrund müstiger Erinnerungen. Hier stürmten sie an, nach tagelangem Trommelfeuer, 45 Tanks und trieben uns aus jahrelang behaupteten Stellungen. Ueber Tote, Verwundete und Besessungen walgten die Ungeheuer, Angst und Schreie vor sich hertreibend, über Gelände, das so still, auferstehend in Blüte und Reife, nun vor mir sich breitete. Und ich drang in den jetzt umzäunten riesigen Wald von La ville, durch wilde Hecken und klammerndes Untergehölz, wo die Erde noch heute unterhöht und mit Sprengstoffen geladen, verschüttete Eingänge zu hundert Höllen des Grauens verbirgt. Und stand in einem herrlich gepflegten Amerikanerfriedhof, wo auf jedem Grab Flämmchen roter Rosen brannten und sah noch vieles andere mehr, das aus der Vergangenheit in meinen tiefsten Traum noch schreckhaft als Erinnerung geistert. Aber ich weiß, selbst wenn das alles einmal in gnadenvoller Vergessenheit untertauchen sollte, das Erlebnis mit dem Birt in La ville wird in meinem Gedächtnis bleiben und leben; denn über den Gräbern unserer Toten haben sich unsere Hände gefunden. —

gingen, liehen nur wenig erkennen, daß sie jemals wilde, frei umherstreifende Tiere gewesen, als sie das Schlachthaus erreichten. Kraftlos und abgetrieben, schienen sie sich nach der Kugel zu sehnen, die ihr Leben endete. Tausend Stück werden nun monatlich geschlachtet.

Obgleich die Navajo-Indianer, auf deren Reservation die wilden Pferde zusammengetrieben werden, regelmäßig Pferdefleisch essen, wird doch kein Pfund der in El Paso geschlachteten Pferde zur menschlichen Nahrung verwendet. Die Kadaver werden zu vielerlei Dingen verwertet. Einige gute Häute werden zum Norden geschickt, wo Baseballüberzüge daraus gefertigt werden. Geringwertige Häute werden zu Handschuhen und Polsterarbeiten verwendet. Die Hufe stofern Leim. Das Fett wird in Fässern an Seifenfabriken in Mexiko geschickt. Ein großer Anteil wird zu Hühnerfutter verarbeitet, und der Rest zu Kunstdünger.

H. H e l l e, New York.

Radioaktivität durch die Mittagssonne. Bei der Erforschung der Wunderwelt der unsichtbaren Strahlen stößt man ständig auf neue Entdeckungen. Aus der Zerlegung des Radiums und dem Zerfall des radioaktiven Uranmetalls zu Urblei glaubte man schon das Alter der Erde errechnen zu können. Nun tritt eine Rumänin, U. Ruzincanu, mit einer Neuentdeckung an die Öffentlichkeit, daß nach der Bestrahlung durch die Mittagssonne verschiedene Metalle, wie Blei, Zink und Kupfer, radioaktiv werden, also Strahlen kurzweiliger Art ausstrahlen, die wie die Radiumstrahlung die photographische Platte schwärzen. Man glaubt nunmehr einen Zusammenhang zwischen dieser Radioaktivität und der von Radioforter entdeckten Strahlung aus dem Weltraum konstruieren zu dürfen.

Börsenerlebe auf den Ueberseedampfern. Sportveranstaltungen und Theateraufführungen genügen nicht mehr, die Ueberseereisenden auf ihrer Fahrt zu unterhalten. Die großen amerikanischen Schiffsfabrikanten sind auf den Gedanken gekommen, auf ihren Schiffen Börsenbureaus einzurichten, die untereinander Kauf und Verkauf von Börsenpapieren auf funktentelegraphischem Wege vermitteln zu können. Die New-Yorker Börsenkommission hat jetzt das Gesuch zweier Börsenfirmen, Zweigstellen auf transatlantischen Dampfern einzurichten, genehmigt und ausdrücklich damit anerkannt, daß die dort erzielten Kurse im sogenannten internen Bureauverkehr der zur New-Yorker Börse zugelassenen Firmen notiert werden.

Ein Land mit dreijähriger Briefbestellzeit. Die Bewohner der im Süden des Atlantischen Ozeans gelegenen englischen Insel Tristan da Cunha haben seit März 1927 keine Post mehr erhalten, da die im Londoner Zentralpostamt gesammelten Pakete und Briefe, die nach dorthin bestimmt sind, noch so wenig zahlreich sind, daß die Entsendung eines besonderen Schiffes dafür allzu große Unkosten verursachen würde. Die zuständige Postbehörde glaubt, im Frühjahr 1930 frühestens die nächste Post dort abliefern zu können.

Altersaufbau des deutschen Volkes. Im Jahre 1900 standen 33,9 Proz. der Gesamtbevölkerung Deutschlands in einem Alter unter 15 Jahren, bei der letzten Volkszählung betrug der jugendliche Nachwuchs aber nur noch 25,7 Proz. In den Altersklassen zwischen 15 und 65 Jahren ist der Anteil an der Gesamtbevölkerung von 61,2 Proz. auf 68,5 Proz. gestiegen, und auch die Leute über 65 Jahren haben nun einen größeren Anteil als vor dem Kriege, nämlich 5,8 Proz. gegenüber 4,9 Proz.

Die 640te Wasserleitung der Welt befindet sich in Australien. Sie ist 640 Kilometer lang und verbindet die Stadt Perth mit Kalgoorlie (Goldgräberstadt) im Westen des Erdteils.

